

würden. Und da kommt Herr Dr. Reinhold mit seiner Erklärung. Man möchte ihm zurufen: „O, wenn du geschwiegen hättest.“

Dem Reichstag ist jetzt der Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1927 zugegangen. In diesem Nachtragshaushalt werden auch sieben Millionen zur Abwicklung der Verpflichtungen betreffend die Phoebus-Film-A.G. angefordert.

Die ersichtlich unzureichende Begründung dieser Nachtragsforderung gibt einen gewissen Einblick, unter welchen Bedingungen die Phoebus-A.G. an die bayerische Emelta-Gruppe und den Herrn Lustig verkauft worden ist. Das Endresultat ist sehr einfach:

Das Reich übernimmt alle Garantieverpflichtungen, stellt die zur Befriedigung der Forderungen notwendigen Beträge zur Verfügung und bekommt in fünf Jahren — wenn alles gut geht — vier Millionen Mark, während es mindestens 11,2 Millionen Mark verliert!

Die Verpflichtungen des Reiches resp. die Verluste, die es allein beim Phoebus-Geschäft der Seetransportabteilung des Reichsmarineministeriums erleidet, setzen sich aus einer ganzen Reihe von Einzelposten zusammen.

Wlein die drei Garantieverpflichtungen, die das Reich übernommen hat, betragen 6 520 000 Mark.

Was bekommt nun aber die Emelta-Lustig-Gruppe für ihre 3,5 Millionen Mark, die in fünf Jahren gezahlt werden?

Uns liegt die Bilanz der Phoebus-A.G. vom 31. August 1927 vor. Sie wurde damals nach dem ersten Krach als Revisionsbilanz aufgestellt. Nach dieser Bilanz hatte die Phoebus-A.G. an Aktiven:

Grundstücke und Gebäude	220 000 M.
Kellerinventar und Fundus	221 000 -
Bureauinventar und Autopark	123 000 -
Regalivoe	1 -
Theater	3 254 000 -
Rapen und Material	149 000 -
halbfertige, fertige Filme und Lizenzen	4 271 000 -

Zu diesen 8,2 Millionen Mark an Aktiven kamen damals noch erhebliche Debitoren. Wir nehmen an, daß sie im jüngst vergangenen Geschäftsjahr drausgegangen sind. Weiter kann man annehmen, daß in jener Bilanz die Filme wahrscheinlich zu hoch eingeschätzt worden sind. Aber auch dann, wenn das alles abgerechnet wird, ergibt sich, daß die Emelta-Lustig-Gruppe bei dem Ausverkauf der Seetransportabteilung netto einige Millionen Mark verdient hat. Das Deutsche Reich kann sich ja solche Verlustgeschäfte, die aus den Mitteln der Steuerzahler statgemacht werden, leisten — so mögen wohl die Interessenten denken. Der Reichstag nimmt hoffentlich bei der Beratung des Nachtragshaushaltes eine andere Stellung ein.

Eine Erklärung von Koch-Beser.

Der demokratische Parteivorstand, Reichstagsabgeordneter Koch-Beser, stellt gegenüber Pressemitteilungen fest:

„1. Das angeblich umlaufende Gerücht, daß irgendwelche Verträge in der Phoebus-Angelegenheit in meinem Bureau bearbeitet seien, ist un wahr. Ich bin niemals als Rechtsanwalt in der Phoebus-Angelegenheit oder für Herrn Bohmann tätig gewesen, wie mir überhaupt irgendwelche direkten oder indirekten finanziellen oder wirtschaftlichen Vorteile aus den Geschäften der Phoebus-A.G. niemals zugesprochen sind. Uebrigens habe ich auch einen mir wie anderen Parlamentarier angebotenen Sitz im Ausschusse der Phoebus-A.G. abgelehnt.“

2. Es ist un wahr, daß ich Herrn Gehler im Sinne der Bohmannschen Pläne „überredet“ habe. Ich habe mit Herrn Gehler nur seiner Bürgschaftübernahme über die Angelegenheit überhaupt nicht gesprochen. Ich habe lediglich Herrn Bohmann, als er mich unter Uebersendung einer Denkschrift über seine nationalen und republikanischen Pläne aufsuchte, an den Reichsfinanzminister verwiesen und diesem einen Empfangsbescheinigung zwecks Prüfung der Angelegenheit anheimgegeben, ohne meinerseits auf die sachliche Erledigung Einfluß zu üben.“

Weiter wird von demokratischer Seite erklärt, daß Bohmann nie Demokrat gewesen sei und auch der Demokratischen Partei nie nahegekommen habe.

Der Nachtragsetat.

Der Nachtragsetat für 1927 ist jetzt dem Reichstag zugegangen. Ursprünglich forderte der Etat 591,4 Millionen Mark an. Im Reichsrat wurde die Forderung auf 598,9 Millionen Mark erhöht. Die vom Reichsrat eingeleitete Erhöhung soll (3,5 Millionen Mark) zur Bänderung der Unwetterkatastrophen und (4 Millionen Mark) zur Behebung der Not kleiner Binnenhäfen dienen. Die Regierung ist gegen diese Erhöhung, weil sie die Unwetterkatastrophenaktion (Sachsen) für abgeschlossen hält und weil sie befürchtet, daß eine Hilfsaktion für die Binnenhäfen andere Millionen noch sich ziehen könne.

Außer den großen Posten für die Befoldungsreform, das Kriegsschadenschuldengesetz, die Grenzgebiete, die Rentner und die famose Phoebus-Affäre steht der Etat eine ganze Reihe kleinerer Posten für die verschiedensten Zwecke vor, u. a. 900 000 Mark zur Errichtung eines Wirtschaftsgebäudes in Angora, 1,4 Millionen Mark für Erweiterungsbauten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 450 000 Mark für die studentische Wirtschaftsbeförderung, 100 000 Mark für die Föhrt des deutschen Sängerbundes nach Wien, 1,21 Millionen Mark für die Durchführung einer Lohnstatistik, 4 Millionen Mark zur Beschaffung von Dauerkrediten für Fischlingszucht, 1,5 Millionen Mark für verbilligte Kredite der Milchwirtschaft und 2 Millionen Mark für die private Wohlfahrtspflege.

81 Millionen Mark sind für die Grenzgebiete vorgesehen, davon entfallen 60 Millionen Mark auf Ostpreußen und 12,5 Millionen Mark auf besonders bedrängte westliche Grenzgebiete. Für den Wohnungsbau in den östlichen Grenzgebieten sind 6 Millionen Mark eingelegt und für die Frankeneinwohner an der Saar Grenze 2,5 Millionen Mark.

Weiter sollen Garantien in Höhe bis zu 12 Millionen Mark für die Nationalisierung industrieller Betriebe in besonders gefährdeten Grenzgebieten übernommen werden. Es handelt sich um die wirtschaftstechnische Umstellung im Waldenburger Kohlenbaugebiet. Für die Beschaffung von Düngemitteln in den Unwetterkatastrophengebieten ist eine Garantie von 3,5 Millionen Mark vorgesehen.

Der engere Parteivorstand des Zentrums hatte im Laufe des Freitag interne Besprechungen mit den Wahlkreisvorsitzenden der Partei. Die Besprechungen, die streng vertraulich gehalten wurden, betrafen die Aufstellung der Kandidatenlisten für die kommenden Reichs- und Landtagswahlen.

Richter für Bordellwirte!

Das Kammergericht umgeht gesetzliche Bestimmungen.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags brachte Genossin Luise Schroeder folgenden unerhörten Fall zur Sprache. Die Stadt Altona hat, um dem Treiben der Bordelle ein Ende zu machen und damit dem Reichsgericht zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, das diese Bordelle verbietet, zu entsprechen, die Altonaer Bordelle beschlagnahmt, um sie zu Wohnungen umzubauen. Eine Reihe von Wohnungen sind bereits von Familien mit Kindern bezogen worden, die bisher in vollkommen ungenügenden Dach- oder Kellerwohnungen hausen mußten. Weitere 60 Wohnungen sollen geschaffen werden.

Eine Klage der Bordellwirte auf Wiederherausgabe der Häuser wurde vom Amtsgericht abgelehnt; das Landgericht aber, als zweite Instanz, forderte ein Gutachten des Kammergerichts ein.

Das Gutachten des Kammergerichts stellte sich auf die Seite der Bordellwirte! Es erklärte, daß nicht nur die gemeinschaftlichen Räume zum gewerblichen Betriebe gehörten, sondern ebenso die Einzelzimmer, die den Mädchen überlassen wurden.

und fährt wörtlich fort: „Daß die Mädchen in diesen Zimmern wohnten, kann den Ausschlag nicht geben, denn nicht, um ihnen eine Wohnung zu gewähren, wurden die Zimmer an sie abgegeben, wie auch keines der Mädchen nach solchen Zimmern Ausschau hielt, um das eigene Wohnbedürfnis zu befriedigen. Der Wohnzweck war vielmehr bei der Abmachung über das Zimmer sowohl für den Bordellwirt wie auch für das Bordellmädchen ganz nebensächlich; die Hauptsache war beiden, daß das Mädchen in dem Bordell, insbesondere in dem Zimmer, die Gewerbeausübung ausübte. Deshalb,

sagt das Kammergericht, „sind die gesamten Räume des Bordells Geschäftsräume!“ Daraus — nämlich aus der verbotenen Gewerbeausübung — folgert es, daß die Beschlagnahme der Räume ungesetzlich gewesen sei, die Bordellwirte also mit ihrer Beschwerde Recht haben!

Die Befreiung dieses Gutachtens rief im Ausschusse allseitige Empörung hervor, und es wurde der Genossin Schroeder zugestimmt, daß die Frage nicht nur für Altona von Bedeutung sei, sondern daß, wenn die Stadt Altona gezwungen würde, die Räume wieder herauszugeben, die Sache Schule machen und damit das Bordellwesen in ganz Deutschland wiederhergestellt würde.

Die folgende von unseren Genossen eingebrachte Entschließung fand dann auch die einstimmige Annahme des Ausschusses, nachdem der Vertreter des Innenministeriums, Herr Staatssekretär Zweigert, seine volle Sympathie und sein Einverständnis damit erklärt hatte:

„Der Reichstag wolle beschließen, folgende Entschließung anzunehmen:

Die Reichsregierung zu ersuchen, die Durchführung des im § 16 des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ausgesprochenen Verbots der Bordelle und bordellartigen Betriebe mit allen Mitteln energisch zu fördern. Insbesondere hat die Reichsregierung dahin zu wirken, daß diese Bestimmungen nicht mittels gerichtlicher Gutachten, wonach die gesetzlich verbotenen Bordelle und bordellartigen Betriebe als „gewerbliche Betriebe“ erklärt und geschützt werden, die der Erfassung seitens der Gemeinden zu allgemeinen Wohnzwecken nicht unterliegen, umgangen werden.“

Kommunisten für Fememörder.

Die Deutschnationalen bedanken sich bei den Kommunisten.

Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich gestern wieder mit der Amnestie. Abg. Wegmann (S.) erklärte, daß seine Partei grundsätzlich gegen die Amnestie sei, weil sie auch solche Verurteilte befreie, die dessen nicht würdig seien. Das würde geradezu verhöhrend auf das Rechtsempfinden des Volkes. Auch wenn die Rechte und die Linke sich über die Amnestie verständigten, könne er die Zustimmung seiner Freunde nicht aussprechen. Die Zuständigkeit des Reichs auch für eine Amnestie gegenüber den Urteilen der Ländergerichte sei gegeben, es sei aber zweifelhaft, ob der sterbende Reichstag noch die Courage aufbringen werde, eine Reichsamnestie auch für die Länder zu beschließen.

Abg. Hampe (Wirtsch. P.) sprach sich ebenfalls grundsätzlich gegen eine neue Amnestie aus.

Abg. Höllein (Komm.) führte aus, Dr. Rosenfeld habe in der letzten Sitzung stark in moralischer Unterstützung gegen die Fememörder gemacht, diese Unterstützung sei aber absolut unangebracht!!!

Unter allen möglichen einfach löcherlichen Beschimpfungen des Genossen Severing und anderer Sozialdemokraten erging sich Höllein zum Gaudium der bürgerlichen Parteien in feinen bekannnten ungründlichen Angriffen gegen die Sozialdemokratische Partei, um dann den Satz aussprechen, der festgehalten werden muß: „Die Fememörder sind nur eine Bagatelle gegenüber dem, was am Proletariat verübt worden ist.“ (Empörte Zwischenrufe der Sozialdemokraten.)

Abg. Coetling (Dnat.), der gestern die Zustimmung seiner Freunde zur Amnestie davon abhängig gemacht hatte, daß die preussische Regierung sich verpflichte, in Preußen die Fememörder zu amnestieren, sprach heute

seine Freude darüber aus, daß Höllein sich seiner Auffassung angeschlossen habe

und nun eine auch die Fememörder umfassende Amnestie beschließen wolle. Er fragte die Kommunisten, ob sie auf die Herausnahme der Fememörder aus der Amnestie verzichteten.

Abg. Höllein erwiderte, daß die Kommunisten nicht glaubten, die Verantwortung dafür tragen zu können, daß die Amnestie an den Fememördern scheitere.

Genosse Dr. Rosenfeld begrüßte, daß auch das Zentrum die Zuständigkeit des Reichs für eine auch die Urteile der Ländergerichte umfassende Amnestie für gegeben ansehe. Welcher seien die Ausflüchte auf eine Amnestie nach den jetzt abgegebenen Erklärungen der Mittelparteien nicht sehr groß. Dabei sei der kommunistische Antrag nach nicht einmal unvollständig genug. Die Sozialdemokraten beantragten eine Erweiterung des kommunistischen Antrages dahin, daß jede mit einem politischen Unternehmen irgendwie im Zusammenhang stehende Straftat amnestiert werde. Es müsse ver-

hütet werden, daß es bei dieser Amnestie nicht wieder so gehe wie bei früheren Amnestien, daß politische Gefangene, die der Reichstag habe befreien wollen, infolge unzureichender Formulierung des Amnestiegesetzes doch noch in den Zuchthäusern festgehalten würden. Die Reichsregierung müsse zunächst Auskunft darüber geben, wie sich die vorgeschlagenen Formulierungen auswirken würden. Zu Hölleins Ausführungen bemerkte unser Redner, daß er den bürgerlichen Parteien nicht das Schauspiel einer Zankerei mit den Kommunisten geben wolle und daher nur folgendes feststellen wolle:

ein Kommunist habe sich darüber erndert, daß ein Sozialdemokrat sich über die Fememörder moralisch entrüstet habe und diese Entrüstung als absolut unangebracht bezeichnet.

Ein Kommunist habe ferner die Fememorde als Bagatelle bezeichnet gegenüber dem, was am Proletariat verübt worden sei. Diese neueste Auffassung der Kommunisten sei übrigens mit ihrem eigenen Antrag unvereinbar, der ausdrücklich die Fememörder von der Amnestie ausschließen wollte. Im übrigen habe die sozialdemokratische Fraktion noch gar keine Erklärung darüber abgegeben, wie sie sich zu dem Amnestiegesetz stellen werde, wenn es in einer auch die Fememörder umschließenden Fassung zur Beschlußfassung vorgelegt werde. Soweit aber Rede sei, daß die proletarischen Gefangenen sich entschieden dafür bedanken würden, irgendwie mit den Fememördern auf eine Stufe gestellt zu werden.

Abg. Wandersky (D. Sp.) erklärte für seine Fraktion, daß sie prinzipiell einer Amnestie ablehnend gegenüberstehe. Es seien in den letzten Jahren zu viele Amnestien erlassen worden.

Abg. Baharman (Dnat.) sprach den Kommunisten für ihre Erklärung, auch die Fememörder amnestieren zu wollen, seinen Dank aus!!!

Abg. Bodius (S.) wandte sich grundsätzlich gegen eine neue Amnestie, meinte aber, daß bei Uebereinstimmung aller Parteien eine Amnestie möglich sei, wenn die Nordaten von der Amnestie ausgeschlossen seien.

Staatssekretär Joel erklärte namens der Reichsregierung, daß sie bereit sei, in einem Unterausschuß nähere Anstufungen auf die von unserem Vertreter gestellten Fragen über die Auswirkung einer Amnestie zu geben. Eine Reichsamnestie würde Länderamnestien zur Folge haben. Die Aufnahme der Verbindungen mit den Ländern sei aber erst möglich, wenn ein Unterausschuß sich auf einen bestimmten Text geeinigt habe.

Der Ausschuss beschloß darauf einstimmig die Einsetzung eines Unterausschusses, der am Dienstag zusammentreten soll.

Krach um Fehr.

Eine Folge der bayerischen Beamtenbefoldungsvorlage.

München, 9. März. (Eigenbericht.)

Die Regierungsvorlage zur Beamtenbefoldung, die eine unmittelbare Krise innerhalb der bayerischen Bürgerblockregierung verursacht, wurde nun vom Ministerrat unter Zustimmung des dem Bauernbund angehörenden Landwirtschaftsministers Fehr verabschiedet und geht jetzt dem Senat zur Begutachtung zu. Minister Fehr hat sich damit völlig in Gegensatz zu seiner Partei gestellt, von der er auch ein Reichstagsmandat empfangen hat. Die Empörung darüber ist in den maßgebenden Kreisen des Bauernbundes allgemein, so daß die eigens für Montag einberufene Sitzung der Bauernbundesfraktion sich vor die Frage gestellt sehen wird, ob Minister Fehr noch weiterhin das Vertrauen seiner Partei genießt. Mit einem freiwilligen Ausscheiden Fehrs aus dem Kabinett Reich ist nach dem bisherigen Verlauf der Krise nicht zu rechnen, und es ist noch sehr die Frage, ob Fehr einer eventuellen Rückberufung durch die Partei Folge leisten und nicht vielmehr als sogenannter Sachminister dem Rumpfkabinet bis nach den Wahlen angehört. Der Bauernbund selbst wird

jedenfalls diese Selbstenheit zum Ansatz nehmen, aus der Regierungskaposition auszuweichen und damit seine längst gehegte Absicht vorwirklichen, den bevorstehenden Wahlkampf außerhalb der Regierungsverantwortung zu führen.

Beschimpfung der Reichsflaggen.

Ein Würzburger Republikanischer Prozeß vor dem Reichsgericht

Leipzig, 9. März. (Eigenbericht.)

Der Schriftleiter Dr. Otto Hellmuth aus Würzburg war vom bayerischen Gericht wegen Republikanischer Vergehens zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte einen Artikel veröffentlicht, der sich mit der Berliner Flaggenfrage beschäftigte. In diesem Artikel wurden die Reichsflaggen in der größtmöglichen Weise beschimpft und als Senf- und Abortkacke bezeichnet. Auch wurde der Flaggenentwurf des preussischen Innenministers verurteilt und herabgewürdigt. Die gegen das Urteil eingelegte Revision wurde vom ersten Strafsenat des Reichsgerichts als unbegründet verworfen und Hellmuth wurden die nicht unerheblichen Kosten auferlegt.

Ein notwendiger Erlaß.

Die Preußenregierung sieht den Landbundesbehörden auf die Finger.

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht den folgenden Erlaß des preussischen Innenministers:

Der Minister des Inneren. Berlin, den 27. Februar 1928.
2. G. 219.

Unter Bezugnahme auf meinen Kundenerlaß vom 9. Juli 1926, 2. G. 1050 (nicht veröffentlicht), erlaube ich ergebenst um beschleunigten Bericht, spätestens bis zum 10. März d. J. über Lage, Stimmung und Haltung der landwirtschaftlichen, insbesondere der bäuerlichen Bevölkerung und darüber wie die vielfach in den letzten Wochen zutage getretene Misstimmung und Unruhe in den genannten Kreisen beurteilt wird, insbesondere ob die Lage als gespannt oder gefährlich anzusehen ist. Ersuchen besondere örtliche oder zentrale Maßnahmen angezeigt?

Den Bericht bitte ich auch darauf zu erstrecken, welche Stellung die örtliche Presse, insbesondere diejenigen Druckchriften, die zugleich amtliche Kreisblätter sind, zu diesen Fragen einnehmen.

In Vertretung: gez. Abegg.

Die „Deutsche Tageszeitung“ versteht diesen Erlaß mit folgenden Bemerkungen:

„Der preussische Innenminister aber scheint nach diesem Erlaß die Bauern mit dem Postzeitnippel bekämpfen zu wollen. Und schließlich läßt der Hinweis auf die Presse den Schluß zu, daß man die Verzweiflungszustände gern zu einer systematisch organisierten Revolte umstempeln möchte, um Gelegenheit zu gewaltsamen Eingriffen zu gewinnen. Wir möchten alle diese Möglichkeiten heute schon vor aller Augen klarstellen, damit nicht etwa ein falsches Bild über die Verantwortlichkeiten entstehen könnte. Gleichzeitig aber möchten wir den preussischen Innenminister vor Unbesonnenheiten warnen.“

Das Landbündorgan richtet die Warnung vor Unbesonnenheiten bewusst an die falsche Adresse.

Herr Schlang-Schönningen, deutschnational, Mitglied des Landtags, sprach auf einer Landbündkundgebung in Stolp:

„Es ist grotesk, dies aussprechen zu müssen, aber es ist die Wahrheit: wir kämpfen hier mit doppelter Front gegen den Gegner jenseits der Grenze und gegen die eigene preussische Regierung, die uns auf vorgehobenem Posten im Rücken läßt, ja aus parteipolitischen Gründen bei jeder Gelegenheit in den Rücken fällt.“

Auf einer Tagung des hannoverschen Landbundes in Göttingen sprach der Vorsitzende Cord Cordes:

„Die Weimarer Verfassung ist die Wurzel alles Übels. Abschaffung des Wahlrechts, Stürzung des Einkammersystems, das ist das Notwendigste. Im geeigneten Augenblick darf man auch vor der Anwendung von Gewalt nicht zurückschrecken. Wir lassen uns nicht von unserer Scholle vertreiben. Wenn beschloßen wird: das Gewehr über, die weiße Armee steht bei Göttingen, dann hat alles zu geschehen.“

Der preussische Innenminister würde seine Pflicht verüßnen, wenn er das Treiben dieser gewissenlosen Heizer und politischen Geschäftemacher nicht beobachten ließe!

Der Verkehrssetz.

Abschluß der Verkehrsvereinbarung im Reichstag.

Der Reichstag schloß gestern die zweite Beratung des Reichsverkehrssetzes fort. Die Debatte war im allgemeinen ohne größeres öffentliches Interesse. Im allgemeinen wurden Einzelwünsche geäußert.

Hg. Engberding (D. Sp.) enthielt sich im Verlauf seiner Rede ein bemerkenswertes Geständnis. Er wies im Zusammenhang mit der Tarifpolitik der Reichsbahngesellschaft darauf hin, daß in manchen Produktionsgebieten bei den Produktionskosten die Frachten eine größere Rolle spielen als die Löhne.

Hg. Frau Dr. Lüders (Dem.) wendet sich gegen die Absicht, bei der Schaffung von zwei Klassen auf der Reichsbahn den Fahrpreis für die billigste Klasse über den Preis der jetzigen 4. Klasse hinaus zu erhöhen.

Hg. Hartmann (Dnal.) legt den Bogtkampf mit der Volkspartei fort. Mit seinen Angriffen gegen den Minister habe Dr. Mittelmann gezeigt, daß in der Deutschen Volkspartei die Arbeiterfreundlichkeit nicht stark vertreten sei!

Hg. Dr. David (Soz.) fordert Neubau der Mainzer Rheinbrücke und Verkehrsverbesserungen für das Mainzer Gebiet. Für die Reichswasserstraßen-Direktion sei Mainz der geeignete Maß.

Hg. Groß (Z.) bedauert, daß für rentable Anlagen der Reichsbahn die laufenden Einnahmen in Anspruch genommen werden müssen, während nach den Grundsätzen einer gesunden Finanzwirtschaft hierfür Anleihen aufgenommen werden müßten.

Hg. Hülich (Soz.) tritt für Ausbau der Oberwasserstraße, die Weserkanalisierung und den Ausbau des Dortmund-Emser Kanals ein. Es folgen die deutschnationalen Hgg. Schmidt-Hannover und a. Kennitz mit Nationalwünschen.

Der Reichsverkehrsminister Dr. h. c. Koch und ein Regierungsgonretreitor beantworteten die Einzelfragen und Klagen.

Hg. Krüger-Werleburg (Soz.) wünscht die Verwaltung des Kraftwagenverkehrs in gemeinwirtschaftlicher Weise. Nur ein kleiner Teil der Verkehrsleistungen werde mit Zuschuß. Da handle es sich um unrentable Linien, die am allgemeinen Verkehrsinteresse ohnehin vom Reich hätten unterstützt werden müssen.

Mit Bemerkungen der Hg. Frau Schiffsens (Soz.) über die Notwendigkeit des Kochen-Rheinkanals schloß die Aussprache. Die Abstimmungen werden um 18 Uhr auf die nächste Sitzung verlagert, die am Dienstag, dem 13. März, 14 Uhr, stattfinden.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung stehen außerdem der Nachtragssetz für 1927, das Ueberleitungsgezet zur Strafrechtsreform, verschiedene kleinere Vorlagen und der Reichswehr-Etat.

Das Wandern...

... ist des Kaisers Lust.

Der deutschnationalen Landtagsabgeordnete Kaiser, der 1924 für die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung in den Reichstag gewählt wurde, dann im Jahre 1925 zur Deutsch-nationalen Freiheitspartei übertrat, um dann zu den Deutschnationalen zu gehen, ist jetzt aus der Deutschnationalen Fraktion des Landtags ausgeschieden und hat sich der Nationalsozialistischen Partei angeschlossen.

Die Abschaffung der Todesstrafe in der Schweiz, wo sie übrigens nur in zehn Kantonen bestand, ist auch vom Bundesrat beschloßen worden.

Deutschnationale Amnestie.



Everling: „Das Schwert der Gerechtigkeit ist durch fortwährende Müde stumpf geworden. Wir müssen es wieder schärfen...“



... um mit ihm bequemer die Zellen der Zeme-mörder öffnen zu können!“

Wieder keine Optantenentscheidung

Nur ein Kompromiß bis zur Juni-Tagung.

W. Schw. Genf, 8. März. (Eigenbericht.)

Abends 8 Uhr, nach siebenstündigem Redekampf, nahm der Rat endlich eine Entscheidung über den Optantenkonflikt an. Sie bedeutet eine Revision des Friedensvertrages von Trianon, denn an die Stelle des dort eingesehten gemischten Schiedsgerichts, das aus einem Neutralen und einem ungarischen und aus dem zurückgezogenen rumänischen Botschafter bestand, soll ein neues Schiedsgericht treten, das aus fünf Richtern besteht. Zu den bisherigen treten zwei hinzu, die der Völkerbund wählt. Diesen Ausschuss hatte Chamberlain gefunden. Er wollte damit den Zwang, zum internationalen Gerichtshof zu gehen, vermeiden. Andererseits war damit auch das

Prinzip der Schiedsgerichtsbarkeit anerkannt.

gegen das England nicht direkt vorgeht, wenn es auch seine Weiterentwicklung nicht bewußt fördert. Nach dem Antrage Chamberlains gab jeder einzelne Botschafter seine Stimme ab. Es wurde unter den am Streit nicht Beteiligten-völlige Einstimmigkeit erzielt. Beland insbesondere riefte gegen Ungarn einen Appell, sich der Gemeinschaft des Vates zu fügen. Stresemann wies darauf hin, daß es sich letzten Endes um das Problem handele, ob der Haager Gerichtshof als oberste Schiedsinstanz auch über den Völkerbundrat stehe, wenn er sich nicht zu einigen vermittele. Die grundsätzliche Frage, ob für die Vermittlung dieser Angelegenheit an den Haager Gerichtshof die Einstimmigkeit oder nur ein Mehrheitsbeschluß des Rates notwendig sei, könne auf die Dauer nicht ungeklärt bleiben. Werde der Gedanke der internationalen Gerichtsbarkeit erfüllt, so würde das die Erschütterung der Grundgedanken des Völkerbundes, der Verhütung von Kriegen und der Abrüstung bedeuten. Stresemann erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß bereits Friedrich der Große entschieden nach einem internationalen Gerichtshof verlangt. Darüber hinaus handele es sich heute darum, ob die Probleme der Nachkriegszeit vom Völkerbund gelöst werden können, ohne ein unter der Asche fortglühendes Feuer zu hinterlassen. Wenn man heute erkläre, daß die Entwicklung der internationalen Streitfähigkeit zu langsame Fortschritte mache, so sei das undankbar. Wie in bürgerlichen Streitigkeiten, könne auch im internationalen Leben die Lösung oft lange auf sich warten lassen. Das sei kein Kontrast des Völkerbundes, wohl aber wäre es einer, wenn der Bund erkläre, daß er alle Möglichkeiten zur Erledigung eines Konfliktes erschöpft hat.

Amerikanisches Sittenbild.

„Broadway“ von Dunning und Abbott im Komödienhaus.

Bier fünfzig überleses Vorstadtheater, das man selbst am Oranienburger Tor mit Aufschreien ablehnen würde, ein fünfzig ganz amüsante Zustandsbeschreibung aus dem Lingselangel New Yorks. Dazwischen Mitwahlschieder, denen der Revolver lose in der Tasche ist. Bonditentum zwischen den einzelnen Stadtquartieren. Der scharfsichtige Detektiv. Genügend Geheimnis um einen Mord, damit alle alten Weiber und Schandromanseier in Ekstase geraten. In der Sechsmillionenstadt New York spielt man diesen herrlichen Schund schon seit drei Jahren, durch welche Feststellung der Statistiker beinahe auf den Gedanken kommt, daß die ganze Judenschaft in künstlerischen Dingen sehr auf den Hund oder noch gar nicht heraufgekommen ist. Das Stück wird aus New York importiert, großartig mit allen Möglichkeiten des modernen Regie-theaters ausgestattet und als etwas vorgeführt, an dem sich die Feinschmecker ergötzen sollen. Wer sind die Feinschmecker? Offenbar gibt es in Berlin genügend Angehörige der nämlichen Standes- und Steuerklasse, die auch in New York dem Stücke den Bombenerfolg verschafft.

Es wird übrigens die Bühne so lustig wie nur irgend denkbar aufgebaut. Man lebt hinter den Kulissen des Schmierentingeltanzes, Regisseur und Bühnenarchitekt können da famos manörieren mit Wendeltreppen und bunten elektrischen Lichtern. Es jagt während der drei Akte aus Sarcophagen und Schlangenzug. Ein Ritter rennt mählich und besessen von der War zu den Garberoden der Giris. Nola Balletti spielt ungeheuer brav eine abgetakelte Primadonna des Kabarets. Heinrich George repräsentiert den Gentleman-Halunken, Harald Paulsen ist ein entzündender Länger, Ritter und Abbott, und das Volk der tanzenenden Mädchen ist zusammengesetzt aus lauter sehr hübschen, wohlgeputzten und auch talentierten Schauspielerinnen. So wird der Schund schickiert. Es kommt beinahe eine Stimmung der Tragikomik auf. Man braucht aber nicht besonders scharf hinzusehen, um bald zu merken, daß dieses amerikanische Sittenbild zum niedrigsten Genre gehört.

Praktisch zeigt das neue Fünfergericht, daß der ungarische Vorklag, die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit dringlicher erscheinen zu lassen, anerkannt wird, deshalb nahm Apponyi sofort bedingungslos an. Titulestu aber klammerte sich immer wieder an die Behauptung, daß der Rat bereits im September einen einstimmigen Beschluß gefaßt habe, daß Rumänien ihn annahm und an ihm festhalte. Dies traf so wenig zu, daß Stresemann offen und eindeutig das Gegenteil feststellte. Briand übte keinen übermäßig starken Druck auf Titulestu aus, da Frankreich auf das Bündnis mit Rumänien Rücksicht nimmt, während Chamberlain ihn energischer anpackte.

Schließlich wurde die Sitzung unterbrochen und nach einundzwanzig Stunden dem rumänischen Wunsch durch eine Einleitung zu dem Ratsbeschluß Nachdruck getragen. Trotzdem nahm Titulestu den Ratsbeschluß nicht an, sondern isolierte sich und seine Regierung odlig. Dabei hatte gerade er sich herausgenommen, den Ratsbeschluß dem Sinne nach

als ein Eckstall, als ein Gemisch aus den besten Wünschen der Ratsmächte und der ungarischen Hartnäckigkeit

zu bezeichnen.

Praktisch wird nun abgewartet, wie sich die rumänische Regierung entscheidet, ob sie sich der Zuständigkeit des Fünfergerichts fügen wird oder ob sie weiter schobottet. Darüber wird in der Juni-Tagung berichtet und weiter verhandelt. So ist diesmal die große Auseinandersetzung innerhalb des Rates über die Zurückung des Haager Gerichts in letzter Instanz vermieden. Aber wenn die Regierung Brasiliens nicht von der Bauernopposition gestört wird, und wenn Titulestus körperlicher Verfall nicht weiter fortschreitet, dann sind die Aussichten auf eine Erledigung des Streites im Völkerbundrat auch im Juni gering. Der rationalistische Demagoge Titulestu hat sich festgerannt und ihn durch einen diplomatischen Druck zur Vernunft zu bringen, dazu sind die europäischen Mächte nicht einig genug. Aus dem Hinter der heutigen Besetzung drohenden Konflikt hat jedoch bereits die Erklärung Deutschlands den Weg gewiesen: Der Haag als letzte Instanz!

Die Türkei wird eingeladen.

Wir meldeten kürzlich, daß Litwinow beim Generalsekretär des Völkerbundes telegraphisch angeregt hatte, daß man die Türkei auffordere, an der bevorstehenden Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission teilzunehmen. Daraufhin hat prompt der polnische Außenminister in einem Schreiben an den Rat die gleiche Anregung unterbreitet, und der Rat hat gestern in diesem Sinne beschloßen. Stresemann, dem dieses Versteckspiel auch einnehmend nicht behagte, ersuchte das Generalsekretariat, auch Litwinow von diesem Beschluß in Kenntnis zu setzen, was ihm zugefagt wurde. Es wäre in der Tat würdiger gewesen, wenn die Ratsmächte auf diese keine Preisgebotsmilde verzichtet und die sometrussische Anregung unmittelbar befolgt hätten, ohne den polnischen Minister dazwischenzuschoben.

Der Rat nahm auch Kenntnis von der abtönenden Antwort Beldemaras' an van Blokland und beschloß, den stauch-palischen Streit auf die Juni-Tagung zu legen, in der Hoffnung, daß sich bis dahin die beiden Parteien, die ihre Bereitwilligkeit zu direkten Verhandlungen inzwischen kundgegeben haben, geeinigt haben werden. (?)

Die Resolutionen des Rates, durch die Brasilien und Spanien gebeten werden, ihre Kündigung zurückzuziehen, soll auch Costa-Rica übermittelt werden, das vor Jahresfrist aus dem Völkerbund ausgestiegen ist.

Der Glendzug beendet.

Freie Rückfahrt für die Teilnehmer.

Kopenhagen, 8. März.

Das Eingreifen des Justizministers gegen die Prozession der Erwerbs- und Obdachlosen hat zwar unter den jüngeren Elementen des Zuges einigen Protest hervorgerufen, die weitaus größte Zahl der sehr besonnen und ruhig auftretenden Demonstranten hat sich jedoch ohne Turren dem Auflösungsbevel gefügt. Deutnant Clauson-Kaas, der technische Führer des Zuges, hat bei dem Ministerium durchgesehen, daß alle Teilnehmer des Zuges kostenlos auf der Staatsbahn dorthin befördert werden, wohin sie gebracht werden wollen, in den meisten Fällen also in ihre Heimatorte.

100000 Schuharbeiter im Kampf.

Um den Neuabschluss von Lohn- und Manteltarif.

Der Zentralverband der Schuhmacher hat zum 31. März sowohl den Reichsmanteltarif als auch den Reichslohntarif gekündigt. Diese Tarife gelten für etwa 100 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der deutschen Schuhfabriken.

Die den Unternehmern unterbreiteten Forderungen laufen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auf nichts weiter hinaus, als die Arbeitsbedingungen wieder so zu regeln, wie sie bereits vor der Wirtschaftskrise der Jahre 1925/26 geregelt waren. Zunächst wird beantragt, an Stelle der 48stündigen Arbeitszeit wieder die früher tariflich festgelegte

47stündige Arbeitszeit

einzuführen. Weiter wird verlangt, daß notwendige Überstunden mit der gesetzlichen Betriebsvertretung vereinbart werden müssen, was eigentlich nach dem Betriebsrätegesetz eine Selbstverständlichkeit ist.

Für die Arbeiterinnen verlangt die Organisation die Wiederaufnahme der Bestimmung in den Tarifverträgen, daß auch die unter 21 Jahre alten Arbeiterinnen 75 Proz. des Männerlohnes als Mindestlohn erhalten. Daneben wird auch eine Verbesserung der Tariflohnstaffel für die jugendlichen beantragt, und zwar sollen Jugendliche von 15 bis 16 Jahren 45 Proz. und unter 15 Jahren 35 Proz. des oberen Minimallohnes erhalten. Die Forderung nach einem siebentägigen Urlaub, der Urlaubsgewährung auch an Heimarbeiter und die Bezahlung des Urlaubs nicht mit dem Tarifmindestlohn, sondern mit dem Durchschnittslohn, zielt ebenfalls nur auf die Wiederherstellung eines früheren Zustandes hin.

Neu ist die Forderung nach einer umfassenden

Regelung der Flechtarbeit.

Genau so notwendig, wie die Einführung der Flechtarbeit im Interesse der Wirtschaftlichkeit der Betriebe ist, genau so notwendig ist es auch, daß die Arbeitsbedingungen im Flechtprozess tariflich geregelt werden. Der Zentralverband der Schuhmacher fordert deshalb, daß außer den üblichen Pausen noch am Vormittag eine Pause von 25 Minuten und am Nachmittag eine Pause von 15 Minuten eingelegt werden, die als Arbeitszeit mit dem tatsächlichen Stundenverdienst bezahlt werden sollen. Bei der Flecht-

arbeit soll jede Ueberarbeit unzulässig sein, das Arbeitstempo mit der gesetzlichen Betriebsvertretung vereinbart und als Mindestlohn der jeweilige tarifliche Mindestlohn zuzüglich 33 1/2 Prozent gezahlt werden.

In der Lohnfrage wird eine Erhöhung des Tarifspitzenlohnes

um 10 Pf., also von 83 auf 93 Pf.

und eine dementsprechende Zulage für alle anderen Arbeitergruppen einschließlich der Arbeiterinnen gefordert.

Anscheinend in der Erkenntnis, daß der Angriff die beste Parade sei, haben die Unternehmer ebenfalls Änderungsanträge gestellt, die von Scharfmacheri+em Geist nur so strotzen. Die Unternehmer verlangen eine Einschränkung des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsvertretung bei der zeitweisen Verfürgung oder Verlängerung der Arbeitszeit, eine Reduzierung der Ueberstundenzuschläge, die Befestigung der im Tarif festgelegten Bezahlung in Krankheitsfällen, die Bezahlung der weiblichen Arbeiter über 21 Jahre anstatt wie bisher mit 75 Proz. nur noch mit 70 Proz. des Männerlohnes, einen Abbau des Urlaubs und noch einiges mehr. Nebenfalls geben die Verflechtungsanträge der Unternehmer noch weit über das hinaus, was der Arbeiterkampf in den Schuhfabriken während der Zeit der schwersten wirtschaftlichen Depression jemals angeboten wurde. Diese Einstellung der Schuhfabriken zeigt so recht das wahre Gesicht des deutschen Unternehmertums.

In diesen Tagen wird in Berlin wegen des Neuabschlusses der Reichstarife in der Schuhindustrie verhandelt. Ob es dabei zu einer Einigung kommen wird, erscheint nach der Haltung der Schuhfabrikanten sehr fraglich. Es hat vielmehr den Anschein, als ob es

Keine andere Möglichkeit als den offenen Kampf

gibt, um die berechtigten Forderungen der Schuhfabrikarbeiter durchzusetzen. Es ist daher, noch in den wenigen Wochen bis zum Ablauf der Tarife auf die Unorganisierten einzuwirken und sie für die Organisation zu gewinnen suchen, damit die Unternehmer, wenn sie es zum offenen Konflikt treiben sollten, eine geschlossene Front der Schuhfabrikarbeiter vorfinden.

lofere Entschliessung in einer Belegschaftsversammlung des Bockwerks einstimmig abgelehnt.

Wir denken nicht daran, mit einem Blatt, das noch unter das Niveau der Gelben gesunken ist, zu polemisieren. Die kommunistischen Arbeiter werden jetzt schon leben, wobei die Abhängigkeit von Moskau führt, zu welchen Schandthaten man erzwingen wird, wenn man von Stalin den Auftrag hat, die Gewerkschaften zu erobern. Denn muß man um jeden Preis Arbeiterpersönlichkeit treiben, muß gegen alles antreten, was von den Gewerkschaften beschlossen wird, um schließlich genau dieselben Forderungen aufzustellen wie die Unternehmer. Eine verdiente Strafe.

Die Lohnverhandlungen im Buchdruckgewerbe Erhöhung des Wochenlohns um 10 Mark gefordert.

Am Mittwoch haben die Gehilfenvertreter nach eingehender Beratung und Abwägung aller für die Gehilfenchaft in Frage kommenden wirtschaftlichen, gewerblichen und tariflichen Verhältnisse beschlossen, eine Erhöhung des tariflichen Wochenlohns um 10 Mark zu fordern, und zwar auf die Dauer vom 1. April bis zum 28. September d. J. Dieser Beschluß wurde der Zeitung der Unternehmerorganisation am gleichen Tage bekanntgegeben.

In den Verhandlungen der Tarifkommission, die am Donnerstag einsetzten, wurde nach der Begründung der Gehilfenforderung von den Prinzipalen die Erklärung abgegeben, daß keine weitere Erhöhung des Lohnes gewährt werden könne und die Weitergeltung des jetzigen Lohnes bis zum 31. März 1929 beantragt werden müsse. Die Verhandlungen zogen sich bis zum späten Abend hin. Am Freitag ist zur Lösung der Lohnfrage das im Buchdruckertarif vorgesehene Zentralschlichtungsgremium zusammengetreten.

Konflikt in den Berliner Brauereien.

Das Angebot der Unternehmer abgelehnt.

Wie kürzlich im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt wurde, hatten die Tariforganisationen der Berliner Brauereiarbeiter das Lohnkommen zum 29. Februar gekündigt und neben einer Aufbesserung der Gehälter für das Fahrpersonal eine Lohnerhöhung von sechs Mark pro Woche für die Arbeiter und eine gleiche prozentuale Zulage für die Frauen und Jugendlichen gefordert.

Trotz zweimaliger Verhandlungen mit den Vertretern des Vereins Berliner Brauereien erklärten sich diese nur dazu bereit, die Wochenlöhne ab 1. März um 1,50 M. und ab 1. Juni bis zum 28. Februar 1929 um eine weitere Mark, insgesamt also um 2,50 M. zu erhöhen. Für das Fahrpersonal wollten sie an Gehältern zwei bis drei Pfennige pro Hektoliter oder Kasten Bier mehr als bisher gewähren.

Obwohl die Verhandlungskommission der Brauereiarbeiter erklärte, daß dieses unzureichende Angebot von den Arbeitern bestimmt abgelehnt werden würde, lehnten die Unternehmer jedes weitere Zugeständnis ab.

Mit dem Verhandlungsergebnis beschäftigte sich am Freitagabend in den Müllerstädten eine stark besuchte Versammlung der Funktionäre der Brauereiarbeiter. Genosse Hodapp vom Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter berichtete über die Verhandlungen, der Genosse Klose vom Verkehrsband ergänzte den Bericht in einigen Punkten. Hodapp erklärte schließlich, daß die

Lohnkommission nach eingehender Beratung einstimmig beschlossen habe, den Funktionären die Ablehnung dieses Angebots und die Anrufung des Schlichtungsausschusses zu empfehlen.

Nach einer kurzen Diskussion traten die Funktionäre dem Vorschlag der Lohnkommission fast einstimmig bei.

Streik der Speditionsangestellten beendet.

Der Streik der Berliner Speditionsangestellten ist nach einwöchiger Dauer beendet worden. Die Angestellten erhalten ab 1. März eine Erhöhung ihrer Gehälter um 5 Prozent.

Das Abkommen läuft bis zum 30. September 1928. Die Beendigung erfolgte nach langen Verhandlungen zwischen den Parteien durch einen verbindlichen Schiedspruch des Schlichters Biffell.

Die Arbeit wird morgen wieder aufgenommen. Mahregelungen finden nicht statt.

Der neue Schiedspruch unterscheidet sich von dem am Mittwoch von den Angestellten abgelehnten Schiedspruch darin, daß er eine durchgängige Gehaltserhöhung von 5 Proz., anstatt von 3 bis 5 Proz. vorsieht und die so erhöhten Gehälter nur bis Ende September, anstatt bis zum 31. März 1929 festlegt.

Lohnschiedspruch im Schneidergewerbe.

Für 50 000 Herren- und Damenschneider.

Für die Herren- und Damenschneider ist ein Schiedspruch zur Regelung der Löhne auf der Basis einer zehnprozentigen Erhöhung gefällig worden. Es ergeben sich folgende Gruppenspitzenlöhne:

Gruppe	Herrenschneider	Damenschneider	Schnel'erinnen
Gruppe I	1,15 M.	1,27 M.	0,95 M.
II	1,09	1,20	0,88
IIIa	1,05	1,15	0,85
IIIb	0,97	1,07	0,77
IVa	0,90	0,99	0,74
IVb	0,87	0,96	0,71
Va	0,82	0,90	0,67
Vb	0,78	0,86	0,64
VIa	0,74	0,81	0,63
VIb	0,70	0,77	0,57
VII	0,67	0,74	0,54

Diese Löhne gelten auf unbestimmte Zeit und sind mit der nächster Frist kündbar; sie treten am 11. März 1928 in Kraft. Die Erklärungsfrist für beide Parteien ist auf den 15. März, mittags 12 Uhr, festgelegt.

Der zu den Weimarer Verhandlungen hinzugezogene Branchenrat des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes hat nach eingehender Beratung über den materiellen Inhalt des Schiedspruches beschlossen, den Mitgliedern des Verbandes die Annahme des Schiedspruches zu empfehlen. Wird auf Grund dieses Schiedspruches eine Neuregelung der Löhne vorgenommen, dann sollen diese Löhne für rund 50 000 in der Herren- und Damenschneider Beschäftigte.

Der Heizerstreik bei Siemens u. Co.

Die bestreite Firma Siemens u. Co., Vichtenberg, Herzbergstraße, sucht sich mit Streikbrechern aus der Verlogenheit zu helfen. Von Siemensstadt wurden ein Techniker zum Kautschukdienst abkommandiert und ein „höherer“ Schüler. Beide werden Gelegenheit haben, sich einen Begriff zu machen von den körperlichen Anstrengungen des Heizerberufs, denen sie nicht gewachsen sind.

Aus der gestrigen Streikversammlung nahmen auch Arbeiter anderer Abteilungen des Betriebes teil, die die Forderungen der Streikenden für berechtigt halten und deshalb dem Wunsch der Streikenden folgen werden, sie in ihrem Kampfe mit allen Kräften zu unterstützen. Zum Schluß erklärten die Streikenden, im Zentralverband der Maschinisten und Heizer ihre beste Interessenvertretung zu erklären.

Streik bei Drenstein u. Koppel in Spandau?

Die DKB. meldet, daß die etwa 1300 Mann starke Belegschaft der Wagnonfabrik Drenstein u. Koppel in Spandau, Hamburger Straße 44, beschlossen, heute früh in den Streik zu treten.

Märzfeier des UFA-Ortsartells. Am Sonntag, dem 18. März, veranstaltet das Berliner UFA-Ortsartell und die Berliner UFA-Gewerkschaften in der Stadthalle, Klosterstraße, eine Märzfeier. Es wirken mit durch Repräsentanten Gertrud Eynold und Theo Karet, ferner das Celotrio Liebermann, Hoppe, Bengewitz, und der Gemischte Chor Groß-Berlin unter Leitung von Edoard Fendler. Die Ansprache hält Hedwig Wachenheim. Eintrittskarten für Jugendliche zu 20 Pf. und für Erwachsene zu 50 Pf. sind für die Mitglieder der UFA-Gewerkschaften gegen Vorweis des gültigen Mitgliedsbuches in der Geschäftsstelle des Ortsartells, SO. 16, Engelauer 24/25, IV. Stock (Zimmer 75/76) und in allen Geschäftsstellen der Berliner UFA-Gewerkschaften zu haben.

Betriebsversammlung der Siemens-Schuckert-Werke N.-O. Kleinbauwerk, heute Sonnabend, 13 Uhr, Annulus-Hallen, Berlin NW., Bremer Str. 72.

Abend, SPD-Laborarbeiter: Am Sonntag, 11. März, 10 Uhr, in Pöhlings festlichen Saal, 27. wichtige Betriebsversammlung aller SPD-Gewerkschaften. Große Schlüsse, UFA, spricht über Gewerkschaften und Reichstagswahlen. Solchzähligen Besuch erwartet.

Abend, General Motors: Am Sonntag, 12. März, 10 1/2 Uhr, im Lokal von Bernke, Eichenstr. 49 am Köpenicker, wichtige Betriebsversammlung aller SPD-Arbeiter und Angehörigen. Es wird um bestimmtes und pünktliches Erscheinen gebeten.

Freie Gewerkschaften Groß-Berlin. Heute, Sonnabend, laden die Gruppen: Kampf gegen die Gruppen beim Jugendheim Eichenstr. 18. Er ist und Tang im Jugendheim. — Jugendbewegung, Eichenstr. 18. — Gewerkschaftliche Jugendbewegung.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Ringelstein; Gewerkschaftsbewegung: J. Stricker; Revolution: R. A. Böker; Soziales und Konflikte: Fritz Kerschke; Frauen: H. Glöck.ämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Post Office G. m. b. H., Berlin SO. 35, Unter den Eichen 3, Bldg. 3, Bldg. 3, Bldg. 3, Bldg. 3.

Eine Weltreise für alle Leser des „Vorwärts“

Sämtliche Unkosten nur 30 Pfg. pro Woche

Wer möchte nicht erfahren, wie die weite Welt mit all den Wundern der Natur aussieht und wie die Menschen darauf leben. Aber zum Reisen gehört Zeit und Geld. Soll darum der Wunsch, die fremden Länder und Völker kennen zu lernen, für weite Kreise auf immer unerfüllbar bleiben? — Nein! Reisende und Künstler sind deshalb hinausgegangen, tief in die entlegenen Länder hinein, um uns in Wort und Bild von dem zu berichten, was schön und lebenswert ist. Sie werden mit uns von Land zu Land, von Ort zu Ort reisen. Wir versprechen unseren Lesern genuehreiche Stunden und wollen ihnen ein freundlicher, aufmerksamer Führer sein. Trete jeder mit uns getrost die Weltreise an und lerne durch unsere Zeitschrift „Durch alle Welt“ die Pracht der Natur, die Sitten und Gebräuche der verschiedenen Menschenrassen ohne Reisebeschwerden, teure Ausstattungen und Reisegepäck kennen. — Zu einer Reise gehört aber auch eine allgemeine Orientierung über Länder, Städte, Gebirge, Ströme, Seen, die besucht werden. Es erhalten daher alle Abonnenten in Lieferungen einen großen

Handatlas gratis!

Sobald Sie den angefügten Anmeldefchein ausgefüllt und eingekandt haben, wird die Reise angetreten.

Anmeldefchein

für die Leser des „Vorwärts“

An die Expedition „Durch alle Welt“
Berlin-Schöneberg C 15

Ich abonniere hiermit „Durch alle Welt“ auf 1/2 Jahr, jede Woche ein Heft für 30 Pfg. frei ins Haus.

Name: _____

Ort und Straße: _____

Schlusßkampf um den Berliner Etat.

Keine Deckungsmöglichkeit ohne gerechteren Finanzausgleich.

Im Berliner Rathaus beriet gestern vormittag ein Unterausschuß und gestern nachmittag der Haushaltsausschuß über die Möglichkeiten eines Ausgleichs des diesjährigen Etats. Das Ergebnis der Beratungen läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß ohne die Summe, die die Reichshauptstadt aus einer Verbesserung des Finanzausgleichs und einer erhöhten Zumeilung aus der Kraftfahrzeugsteuer erwartet, an eine Deckung des Defizits überhaupt nicht zu denken ist.

Eine weitere Einschränkung der Ausgaben ist nicht möglich.

da überall so weit gespart worden ist, wie es legend veranwortet werden kann. Die Vorschläge, die Notstandsaktion abzu-drosseln oder die Summe für Wohnungsbauten herabzusetzen, stehen jedenfalls für die Sozialdemokratie außerhalb des Rahmens jeglicher Diskussion.

Erhöhungen der Einnahmeziffern sind bei einigen Postitionen möglich, wenn man das geschätzte Einkommen aus Steuern um höher ansetzt, als es der Magistrat getan hat. Insgesamt müßten dadurch von dem 53-Millionen-Defizit 2 1/2 Millionen gedeckt werden können. Durch Herabsetzung der Anseihen und durch erhöhte Heranziehung der Werte zu Kammereinkommen könnten vielleicht noch weitere 5 bis 6 Millionen hereingebracht werden.

Der Unterausschuß schlug bei dieser Sachlage vor, die gesamte erwartete Summe aus dem verbesserten Finanzausgleich und der Kraftfahrzeugsteuer mit 10,5 und 8 Millionen als Einnahme einzusetzen.

Selbst dann bleibt noch ein Defizit von über 10 Millionen.

Der Haushaltsausschuß sah sich angesichts dieser Sachlage außerstande, bereits jetzt endgültige Beschlüsse zu fassen. Er erörterte in eingehender Beratung alle etwa sich sonst noch bietenden Möglichkeiten zur Verringerung des Defizits, einigte sich dann aber dahin, den gesamten Budgetkomplex bis zur zweiten Lesung zurückzustellen und vorher den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

So viel steht jedenfalls schon jetzt fest: Selbst wenn die erwarteten Erhöhungen aus dem Finanzausgleich und der Kraftfahrzeugsteuer als Einnahme gebucht werden können, wird der Etat ohne weitere Streichungen nicht balanciert werden. Die Stadt Berlin und die Massen ihrer notleidenden Bevölkerung haben ein Recht, von den gesetzgebenden Körperschaften Berlin Kenntnis für ihre Lage zu verlangen. Die Sozialdemokratie wird jedenfalls in allen Körperschaften ihre ganze Kraft dafür einsetzen, um einen Ausgleich zu ermöglichen, der den Bedürfnissen der arbeitenden und der arbeitslosen Bevölkerung der Reichshauptstadt gerecht wird.

Gesundheitspflege im Prenzlauer Berg.

Zwei segensreiche Einrichtungen.

Der Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg hat keine der Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen um eine für sorgestellte für Geschlechtskrankheiten vermehrt. Am Freitag wurde sie von Mitgliedern der Bezirkskörperschaften und Vertretern der Ärzteschaft und der Presse besichtigt. Die auf dem Grundstück Danziger Straße 62 in einer Barade untergebrachte Fürsorgeeinrichtung soll Beratungs- und Behandlungsstelle sein. Die Wartezimmer, für Männer und für Frauen getrennt, sind freundlich und geschmackvoll ausgestattet. Für die Ärzte steht an Hilfsmitteln alles zur Verfügung, was auf diesem Gebiete die Wissenschaft und die Technik geschaffen haben. In der Frauenabteilung ist die Einrichtung getroffen, daß jede Patientin eine verschließbare Auskleidezelle erhält, aus der sie durch eine eigene Tür unmittelbar in das Zimmer des Arztes gelangen kann. Für die notwendige Diskretion wird gesorgt, und dem Personal ist Schweigepflicht auferlegt. Die zur Besichtigung dieser neuen Fürsorgeeinrichtung erschienenen Gäste, begrüßt von Stadtrat Degner, dem Dezernenten für das Gesundheitswesen des Bezirks, hörten einen Vortrag des um den Ausbau der Gesundheitspflegeeinrichtungen im Prenzlauer Berg anbauend benachteiligten Stadtrates Dr. Korach, der über die Bedeutung einer betriebligen Fürsorgeeinrichtung sprach. Dr. Korach übernahm auch die Führung bei der Besichtigung der Fürsorgeeinrichtung.

Dann besuchten die Gäste noch eine andere Anstalt des Bezirks, das auf dem Egerzierplatzgelände an der Oberwalder Straße eingerichtete Ambulatorium für gelenk- und knochen-tuberkulöse Kinder. Für die im Jahre 1921 eröffnete Anstalt fehlen der Weiterbestand hier gefährdet, weil die Reichsbahnverwaltung bei der geplanten Verbreiterung des Nordbahngeländes diesen Teil des Egerzierplatzes in Anspruch nehmen will. Wahr-

scheinlich wird, wie Stadtrat Degner mitteilte, das Ambulatorium auf dem Platz verbleiben können, aber man will es mehr in die Nähe der Schönhauser Allee hinüberschieben. Einstweilen ist für diese wichtige Anstalt die längst notwendig gewesene Erneuerung der Gebäude erreicht worden und zustande gekommen. Professor Dr. Risch, der Leiter des Ambulatoriums, sprach über das Wesen der hier gebotenen Behandlung und über ihre Erfolge, die durch aus günstig sind. Luft und Sonne sind die wichtigsten Heilmittel für die 300 gelenk- und knochen-tuberkulösen Kinder, die hier täglich von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr weilen. (Auch 30 Erwachsene sind in der Obhut des Ambulatoriums.) Selbst in der Winterhälfte werden diese Kinder in spärlicher Bekleidung ohne Gefahr und mit großem Gewinn dem hellenden Einfluß von Luft und Sonne ausgesetzt. Sie liegen in offenen Hallen, in Luft und Sonne treiben sie Spiel und Gymnastik, und auch den Schulunterricht haben sie bei jeder Witterung im Freien. Besondere Apparate ermöglichen, im strengsten Winter den völlig un-bekleideten liegenden Kranken die Freiluftbehandlung mit gleichzeitiger Bestrahlung zuteil werden zu lassen. Diese ambulatoische Behandlung der Kinder ist sehr viel

Öffentliche Kundgebung

gemeinsam mit dem Reichsbanner

am Sonntag, dem 11. März 1928, um 16 Uhr, im Lokal „Bürgergarten“ in Johannisthal.
Ansprache: Reichstagsabgeordneter Frau Kändler.
Auffstellung zum Auszug mit Musik um 14 1/2 Uhr Kaiserstraße Ecke Rixdorfer Straße. — Männer und Frauen, erscheint in Massen! 106. Abteilung Johannisthal der SPD.

Menschen, Göttern gleich...

40] Roman von Herbert George Wells.

In einer Beziehung hatte jener Kampf dauernde Vorteile in Utopien zurückgelassen. Nahezu alle Insekten, welche Krankheitsüberträger waren, hatte man vertilgt, und Ratten, Mäuse sowie die unangenehmeren Arten kleiner Vögel waren aus dem Problem der Gesundheitspflege ausgeschlossen. Dies setzte der Ausbreitung neuer Infektionen und der Art der Infektionen, die verbreitet werden konnten, ganz bestimmte Grenzen. Es ermöglichte den Erdlingen, nur solche Leiden zu übertragen, die auf Entfernung durch den Atem oder durch eine anstehende Berührung vermittelt werden konnten. Obwohl keiner von ihnen krank war, wurde es doch klar, daß unter ihnen latente Mafern ins utopische Universum gebracht und daß drei oder vier von ihnen eine lang unterdrückte Infuenza in sich trugen. Sie selbst, zu zahl, um daran zu leiden, blieben im Brennpunkt dieser beiden Epidemien, während ihre Opfer sie über den utopischen Planeten husteten, niesten, küßten und hauchten. Erst am Nachmittag des zweiten Tages nach dem Einfall wurde sich Utopien dessen bewußt, was geschehen war, und machte sich mit diesem Rückfall in barbarische Sorgen vertraut.

2.

Dr. Barnstaple war anscheinend der letzte der Erdlinge, der von der Epidemie hörte. Er besand sich allein, vom übrigen Teil der Gesellschaft entfernt, auf einem Ausflug. Es war ihm bald klar geworden, daß die Utopien keine Lust hatten, eine erhebliche Menge Zeit oder Energie für die Unterhaltung ihrer Erdenbesucher aufzuwenden. Nach der Aufklärung am Nachmittag des Einfalls wurden keine weiteren Versuche gemacht, die Besucher über den Aufbau und die Methoden Utopiens zu belehren, sondern es wurden nur einige kurze Fragen über die Zustände auf Erden gestellt. Die Erdlinge waren sehr viel sich selbst überlassen und konnten sich untereinander aussprechen. Mehrere Utopien waren offenbar beauftragt, für ihre Bequemlichkeit und ihr Wohlbedinden zu sorgen, aber anscheinend dachten sie nicht daran, ihre Funktionen auf die Unterhaltung der Erdlinge auszudehnen. Dr. Barnstaple fand in den Ideen und Bemerkungen mehrerer seiner Genossen vieles, was ihn ärgerte, und so folgte er seiner natürlichen Veranlagung und erforchte Utopien auf

eigene Faust. Es gab in der weiten Ebene jenseits des Sees, die er erblickt hatte, ehe sein Flugzeug in das Konferenz-Tal niedergegangen war, etwas, das seine Einbildungskraft reizte, und so nahm er am zweiten Morgen ein kleines Boot und ruderte über den See, um den Damm zu untersuchen, der das Gewässer eindämmte, und um von der Dammkrone aus eine Aussicht auf die große Ebene zu gewinnen.

Der See war viel umfangreicher, als er gedacht hatte, und der Damm viel größer. Das Wasser war kristallklar und sehr kalt, mit nur wenigen Fischen darin. Er war sofort nach dem Frühstück ausgebrochen, aber es war nahezu Mittag, als er die Dammkrone erreichte und in das tieferliegende Tal auf die große Ebene hinunterblicken konnte.

Der Damm war aus riesigen Blöcken von rotem und goldgediertem Gestein erbaut und in Abständen führten Stufen zu dem Fahrdamm auf seiner Krone. Die großen liegenden Figuren, die über die entfernte Ebene hin brüteten, waren, wie es schien, in einer Laune künstlerischen Uebermuts hingeseht. Sie sahen da wie Wächter oder wie in Gedanken versunkene, riesige, rohe Gestalten, halb Berge, halb Menschen. Dr. Barnstaple schätzte sie auf etwa zweihundert Fuß Höhe. Indem er die Entfernung zwischen zwei dieser Figuren abschritt und sie dann zählte, kam er zu dem Ergebnis, daß der Damm zwischen sieben bis zehn Meilen lang war. Auf der rechten Seite fiel er steil auf etwa fünfhundert Fuß ab und war von einer Reihe enormer Pfeiler gestützt, die fast unmerklich in das ursprüngliche Felsgestein übergingen. In den Buchten zwischen diesen Pfeilern summten große Batterien von Wasserturbinen und, nachdem seine erste Aufgabe erfüllt war, stürzte das Wasser schäumend ab, versprühte und sammelte sich in einem anderen breiten See, der von einem etwa zwei Meilen entfernten und vielleicht tausend Fuß tiefer liegenden großen Damm gestaut wurde. Weit entfernt war dann ein dritter See, ein dritter Damm, und schließlich die Ebene. Nur drei oder vier winzig aussehende Utopien waren zwischen all diesem titanischen Bauwerk sichtbar.

Dr. Barnstaple, selbst die kleinste Erscheinung weit und breit, stand im Schatten eines brütenden Kolosses und guckte über die näherliegenden Gebilde hinweg nach den nebligen Flächen der Ebene.

Was für ein Leben mochte man dort führen? Das Verhältnis der Ebene zu dem Gebirge erinnerte ihn sehr an die Alpen und die große oberitalienische Tiefebene, in welche er zur Ordnung so mancher Sommerferien seiner Jugend hinabgestiegen war. Er mußte, daß in Italien jene Ebenen mit dicht gedrängten Städten und Dörfern und mit sorgfältig

bewässerten und dicht bebauten Feldern bedeckt sind. Eine dichte Bevölkerung plagt sich mit umeinanderartigem Fleiß um die Erzeugung von Nahrungsmitteln; denn ihre Zahl vergrößert sich ständig, bis jene unvermeidlichen Folgen der Ueberbevölkerung Krankheiten und Verderben, eine Art Gleichgewicht herstellen zwischen der Fläche des Landes und der Anzahl der Familien, die es für ihre Ernährung bebauen. Da ein arbeitender Mann mehr Nahrungsmittel hervorzu-bringen vermag, als er tatsächlich verzehren kann, und da eine fruchtbare Frau mehr Kinder gebären kann, als das flache Land zu verwenden vermag, sammelt sich ein Ueber-schuß an landloser Bevölkerung in geschwulstähnlichen Städten und Großstädten an und beschäftigt sich dort mit geleggeberischen und finanziellen Machenschaften gegen die Landbevölke-rung oder mit der Erzeugung von gerade noch brauchbaren Verkaufsartikeln.

Der blamierte Arthur Keil.

Sein undurchführbares Staffelsystem.

Gestern wurde in dem Betrugprozess gegen Arthur Keil das Ergebnis der von Keil während der Gerichtsverhandlungen aufgestellten Rennbahnstips nach seinem Staffelsystem von den Sach-verständigen nachgeprüft. Im Gegensatz zu den ersten Mißerfolgen hat Keil in den letzten Tagen einen kleinen Erfolg aufzuweisen.

Kriminaloberinspektor a. D. v. Mantuffel äußerte sich jedoch dahin, daß er auf das Ergebnis dieser theoretischen Wettet weder nach der einen noch nach der anderen Seite hin Wert lege. Das System selbst sei undurchführbar. Charakteristisch dafür sei, daß Keil bei seinen früheren Wettversuchen im Untersuchungs-gelängnis genötigt war, um die vorhergegangene Verluststraße auszuweichen, auf ein einziges Pferd im letzten Rennen auf Grund seines Systems der Verdoppelungen und Staffelfolgen 200 000 Mark, je zur Hälfte Sieg und Platz, zu setzen. Das sei eine Quate, die überhaupt nicht unterzubringen sei. Der zweite Sachver-ständige, Rotar Dr. Reinschagen, machte noch darauf aufmerk-sam, daß die jetzigen Wettten auf dem Papier, die Keil im Ge-richtssaal mache, ganz wesentlich von seinem angeblichen to-tifizierten Staffelsystem abweichen.

Im Laufe der Beweisaufnahme wurde eine Reihe von Zeugen vernommen, die ihr ganzes Geld bei Keil eingezahlt und verloren haben. Eine Frau, die einen neunzehnjährigen Vater und einen blinden Mann zu ernähren hat, trug ihre Ersparnisse zu Keil hin. Natürlich hat sie keinen Pfennig wiedergezogen. Ihr Mann dürfe heute noch nichts davon wissen, wo das Geld geblieben sei. Bezeichnend für die Vertrauensseligkeit der Leute war die Antwort der Zeugin auf eine Frage des Vorsitzenden: „Ach, er wird es schon wiederbezahlen, wenn er erst richtig weit ist.“ Ein Schwere-kriegsverletzte hatte die ihm gezahlte Abfindungssumme von 1050 Mark restlos zu Keil gebracht. Eine andere Zeugin wollte von den eingezahlten 500 Mark, als sie ihrer Niederkunft entgegen sah, 100 Mark zurückhaben, erhielt aber nichts. Auch sie ist jetzt noch im guten Glauben, daß sie bei Keil viel Geld ge-wonnen werde. Der Vorsitzende fragte nun den Angeklagten: Sie bestreiten wohl nicht, daß Jänen die Gelder zu Wettenspielen gegeben worden sind und daß Sie nichts zurückgezahlt haben? — Angekl. Keil: Ich gebe offen zu, daß ich die Gewinnererprobungen nicht erfüllt habe.

Weiter stellt der Bücherrevisor fest, daß die von Keil an das Bureau eines Anwalts zur Prüfung für die Kommission ein-geschickten Wettilisten zu einem großen Teil nach dem Poststempel erst nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr, in einigen Fällen selbst am Abend und sogar erst am nächsten Morgen, also nach dem Rennen, abgehandelt worden sind. Keil konnte dazu nichts sagen.

Schemmter Verkehr in Tempelhof.

Zu dem Wasserschubbruch in Neu-Tempelhof, worüber gestern der „Abend“ ausführlich berichtete, wird noch folgendes mitgeteilt: Nachdem der Fahrdamm für den Fuhrwerksverkehr freigegeben worden war, trat an der Unfallstelle durch Nachfahren von Sandmassen erneute Einsturzgefahr ein, so daß der Fahrdamm abermals polystellig gesperrt werden mußte. Starke hölzerne Bohlen mußten zur Abstützung ins Erdreich getrieben werden. Eine größere

(Fortsetzung folgt.)

Zahl von Arbeitern der Charlottenburger Wasserwerke war während des ganzen Tages bis in die Abendstunden hinein an der Bruchstelle tätig. Die Arbeiten werden vermutlich erst in den heutigen Vormittagsstunden beendet werden können. Der Verkehr von Berlin nach Tempelhof wurde für schwere Fahrzeuge von der Berliner Straße durch den Hohenzollernpark und Sachsenring, für leichte Fahrzeuge von der Berliner Straße durch den Sachsenring und Braunschweiger Ring umgeleitet. Um 18 Uhr war ein Notgleis für die Straßenbahn in Richtung Tempelhof-Mariendorfer hergestellt, so daß der Betrieb hier wieder voll aufgenommen werden konnte. Der Straßenbahnverkehr in Richtung Berlin wurde, soweit er nicht durch Umleitungen durchgeführt wurde, durch Pendelverkehr vermittelt.

Die Ursache des Rohrbruchs mit seinen katastrophalen Folgen konnte noch immer nicht einwandfrei geklärt werden.

Auch eine Phoebe-Angelegenheit.

Ein früherer Phoebe-Direktor auf der Anlagebank.

Der ehemalige Direktor des Phoebe-Films, Henberg, ist angetroffen den Direktor der Grundstücksfinanz G. m. b. H., Döner, beiseite und eine falsche eidesstattliche Versicherung abgegeben zu haben. Dem Prozeß liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Direktor Döner hatte sich im Jahre 1920 von seiner Frau scheiden lassen. Sie erhielt eine monatliche Rente, die durch die Inflation so ziemlich entwertet wurde. Sie klagte deshalb auf Erhöhung der Unterhaltssumme. Herr Döner erklärte aber, daß er die 20 000 Mark jährlich, die die Frau verlange, nicht zahlen könne, da er selbst nur 60 000 Mark verdiene! Um aus ganz zuverlässiger Quelle über die Einnahmen ihres früheren Mannes Bescheid zu erhalten, wandte sie sich an den Direktor Henberg, der mit Herrn Döner seit jeher auf dem Kriegsfuß stand. Direktor Henberg erklärte, Döner erhalte jährlich von der Phoebe 300 000 Mark, außerdem distanzierte er seinem Bureaufräulein eine ganz eigenartige eidesstattliche Versicherung in die Maschine. Herr Döner, hieß es da, sei ein ganz rücksichtsloser und gewissenloser Mensch, und der Generaldirektor von Schroter von der Signo-Film-A.-G. habe nach dem Ausschließen Döners aus der Firma im Jahre 1925 von ihm gesagt: „Gott sei Dank, daß wir diesen schrecklichen Kerl los sind.“ Uebrigens heiße er gar nicht Döner, sondern Diobenbaum und stamme aus Galizien. Er gebe sich aber bald als Jude, bald als Christ aus. Und was seine Einkünfte betreffe, so habe er für den Bau des Kintheaters in Dresden 400 000 Mark à fonds perdu und außerdem noch einen zwölffährigen Pachtvertrag und garantierte Anteilnahme an den Bruttoeinnahmen erhalten. Frau Döner war nun überzeugt, daß ihr Mann ein Heibengeld verdiene, sie legte die eidesstattliche Versicherung dem Zivilgericht vor und gewann den Prozeß. Herr Döner ersuchte aber gegen den Direktor Henberg Strafanzeige. In der Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte, in der Direktor Döner, unterstützt von Rechtsanwalt Joffe, als Nebenkläger fungierte, ergab es sich, daß die 400 000 Mark nicht Direktor Döner, sondern seine Gesellschaft erhalten habe und daß nur 100 000 Mark à fonds perdu — ohne Rückzahlungsverpflichtung — gegeben worden seien. Es ergab sich ferner, daß Generaldirektor von Schroter den ihm von Direktor Henberg in den Mund gelegten Ausspruch über Döner nie getan habe.

Das Gericht verurteilte Direktor Henberg wegen falscher eidesstattlicher Versicherung und wegen Beleidigung zu 20 Tagen Gefängnis, die ihm in 3000 Mark Geldstrafe umgewandelt wurden.

Der Präsident des Anstaaates.

Er suchte Edelmenschen für seine Grafsburg.

Wieder einmal wurde der nicht mehr unbekannte „Präsident des Anstaaates“, der 52 Jahre alte aus Czajny gebürtige und sich Schriftsteller nennende Artur Weber festgenommen. Sein „Anstaaat“ schwebt zwar im wesentlichen in der Luft, hat aber nach den Behauptungen seines Präsidenten in allen Haupt- und Großstädten von Europa und Amerika, sogar auch in Indien Vertretungen. Weber dient er ausschließlich zu Schwindeltzwecken.

Früher mochte er einmal von sich reden, als es sich angeblich um die Gründung einer „Siedlung Weberswalde“ handelte. Als Siedler zog der Gründer Leute heran, die nach dem von ihm gestellten Horoskop als „Edelmenschen“ bezeichnet werden mußten. Dazu gehörte damals u. a. auch ein Tischlermeister aus Königsberg, der zu der Siedlung Geld zur Verfügung stellte, dann mit Frau und sechs Kindern nach Berlin kam, um sie zu beziehen und hier feststellen mußte, daß sie gar nicht bestand. Weber verließ auch für 100 Mark und mehr den Titel „Edelmensch der Anstaaaten“, den Doktorhut des Anstaaates, den einfachen Adel und auch den Baron- und Grafentitel. Die Frau eines pensionierten Postmeisters gewann er dadurch, daß er ihr die Präsidentschaft des Anstaaates in Oesterreich in Aussicht stellte. Er selbst nannte sich auch „Baron von Czajny“, legte sich auch den Professortitel seines Staates bei und betrieb Heilungen auf okkultistischem Wege. Die Theosophen, mit denen er ursprüngliche Verbindung hatte, sagten sich schon vor langer Zeit von ihm los. Mit dem verstorbenen „Apokalypse“-Häuser lebte er in heftiger Fehde. Im Jahre 1923 war er einmal, wahrscheinlich nicht ohne Erfolg, um Mittel für eine große Reise durch Nordamerika. Neuerdings plante er angeblich die Gründung einer Grafsburg. Dazu sollte ein Schloss in Hannover dienen. Die Grafsburg sollte angeblich einmal ein Erholungsheim werden. Eine Dame, deren Reisebegleiter Weber werden wollte, stellte ihm 60 000 Mark zur Verfügung. Auf Nachfrage verschiedener Staatsanwaltschaften suchte auch die Berliner Kriminalpolizei den „Staatspräsidenten“. Es gelang ihr, den Gesuchten, der sich in Begleitung eines jungen Mädchens befand, in einem Lokal in der Bülowstraße zu ermitteln. Beide wurden festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt, Weber wegen Betruges und Urkundenfälschung, seine Begleiterin, bei der er einen Unterschlupf gefunden hatte, wegen Beihilfe.

Der Umbau der Staatsoper.

Gestern ist der Opernhausumbau unter den Linden zum ersten Male beschäftigt worden. Aus der Fülle interessanter Einzelheiten seien folgende erwähnt:

Der untere Bauteil des Bühnenhauses war, bis auf etwa 15 Meter Höhe vom Straßenniveau ab gerechnet, abgetragen, bedingt durch die Umgestaltung des zu vertiefenden Bühnenbeckens. Die tragenden Fundamente und Stützen mußten verstärkt werden, denn der Bühnenkeller war vor dem Umbau nur etwa 5 Meter tief, jetzt aber ist er etwa 16 Meter tief. Es sind demnach noch etwa 11 Meter in der Tiefe unter Absenkung des Grundwassers herausgenommen worden, und zwar sind dieses etwa 25 000 Kubikmeter Erdmassen. Zur Sicherung des Auffraches gegen das Grundwasser wurde dann eine mächtige Betonmauer einmörtelt, wozu etwa 12 000 Kubikmeter Beton mit rund 80 000 Kilogramm Eisen verbraucht wurden.



Im Publikum herrscht die weitverbreitete Ansicht vor, „man könne in seiner Wohnung machen, was man wolle“. Eine Rücksicht auf die Mitbewohner des Hauses oder gar auf die Bewohner der umliegenden Häuser brauche man daher nicht zu nehmen. Diese Ansicht ist irrig.

In Unkenntnis der Rechtslage beschränkt sich der in seiner Ruhe Gestörte auf Beschwerden bei unzuständigen Stellen oder er ergreift die Flucht an die Dienstlichkeit; ein anderer wieder wendet sich an die Polizei, die in Vertretung ihrer Befugnisse häufig die Hilfe verlangt, obwohl sie zur Hilfeleistung die gesetzliche Handhabe hat. Die Anrufung der Polizei stellt den billigsten und bequemsten Weg für den gestörten Mieter dar gegenüber der Inanspruchnahme der Zivilgerichte, die auf Grund der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches — die Klage auf Unterlassung der Störung kommt in Betracht — gleichfalls helfend eingreifen in der Lage sind.

Das Recht, in seiner Wohnung als Freistätte im Sinne des Art. 115 der Reichsverfassung sich nach Belieben zu betätigen, wird begrenzt durch das dem Nebenmenschen gleichfalls gewährleistete Recht der willkürlichen Betätigung in seiner Wohnung. Das Recht auf den Hausfrieden, das jedermann zusteht, schließt die Pflicht zur Rücksichtnahme auf den Nachbar in sich. Den Schutz des Hausfriedens gegen Störung durch private Gewalt sucht der Staat durch seine Justizbehörden zu gewährleisten, indem er nicht nur auf Betreiben des in seinem Hausfrieden Verletzten auf Grund der einschlägigen zivil- und strafrechtlichen Vorschriften, sondern auch von Amts wegen eingreift. Vor allem sucht die Staatsgewalt dem Bürger die Nachtruhe zu gewährleisten, und ihn vor der Störung durch Musikanten und durch lautes Verhalten der Gäste einer Schankwirtschaft zu schützen. Zu der fortgesetzten Störung der Nachtruhe, die von 10 Uhr (22 Uhr) abends an zu rechnen ist, ist, wie das Oberverwaltungsgericht in ständiger Rechtsprechung anerkannt hat, eine „Gefahr“ im Sinne des § 10, Teil II, Titel 17, des Allgemeinen Landrechts zu erblicken. Diese Bestimmung enthält den Aufgabentritt der Polizei, indem sie dieser zur Pflicht macht, die nötigen Anstalten zu treffen zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahr.

Eine häufig sich wiederholende Ursache der Nachtruhe ist, namentlich in Großstädten, erfahrungsgemäß nicht nur eine Betätigung in der Nachtruhe, sondern gezielte, gesundheitsgefährdliche zu wirken. Für die Berechtigung der Polizeibehörden zum Einschreiten ist es unerheblich, ob etwa eine von den in ihrer Nachtruhe ge-

störten Personen sich früher mit der Ausübung des ruhestörenden Gewerbes, wie Erstellung von Musikunterricht und von Tanzstunden, ausdrücklich einverstanden erklärt hat. Darauf kann es nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts (Entscheidung vom 4. November 1926 — III A 47/26), selbst wenn es sich nur um den Schutz der Nachtruhe nur dieser Persönlichkeit allein handeln würde, nicht ankommen, weil das Recht und die Pflicht der Polizei, gezielte Zustände zu schaffen, durch zivile Abreden keineswegs berührt wird. Ebenso ist es unerheblich, ob andere Anwohner sich durch den beanstandeten Betrieb nicht beeinträchtigt fühlen. Denn es genügt für die Berechtigung des Eingreifens der Polizei, daß auch nur einer der Anwohner durch die Geräusche, die durch den Betrieb in der Zeit der Nachtruhe hervorgerufen werden, in seiner Gesundheit geschädigt worden ist. Die Rechtmäßigkeit des polizeilichen Vorgehens wird auch nicht in Frage gestellt, wenn der von dem polizeilichen Verbot der Störung der Nachtruhe betroffene Betrieb beeinträchtigt wird, denn das Recht, das Gewerbe in den vermieteten Räumen ausüben zu können, findet seine Schranke in dem im öffentlichen Recht wurzelnden Recht der Anwohner, während der Dauer der Nachtruhe vor einer Schädigung ihrer Gesundheit durch die mit der Ausübung dieses Gewerbes verbundenen Geräusche geschützt zu werden. Hieraus ergibt sich auch für den Inhaber des Betriebes die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß das Ab- und Zugehen zu und von den Räumen des Betriebes nicht durch den Betrieb selbst verursacht, bildet gewissermaßen einen Teil desselben, jedoch der Inhaber des Betriebes als verpflichtet zu erachten ist, geeignete Vorkehrungen zu treffen, daß der Ab- und Zugang aus dem Hause ohne Verursachung von die Nachtruhe der Anwohner störenden Geräuschen sich vollzieht.

Um ein wirksames Eingreifen der Polizei gegen musikalische Geräusche zu veranlassen, hängt also davon ab, während welcher Zeiten, nachts oder am Tage, mit welcher Stärke und Dauer und in welcher Art und Regelmäßigkeit sich die Töne oder Geräusche außerhalb des Raumes, in dem sie erzeugt werden, geltend machen, und ob durch sie unter den jeweiligen Verhältnissen „Gefahren“ im Sinne der oben bezeichneten landrechtlichen Vorschrift, insbesondere die Gefahr einer Schädigung der Gesundheit als Wahrscheinlichkeit herbeigeführt werden können. Bloße „Nachteile“ und „Belästigungen“, die mögen selbst erheblicher Art sein, sind keine „Gefahren“ im Sinne der bezeichneten Vorschrift und können nach ständiger Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts ein Einschreiten der Polizei auf Grund dieser Vorschrift nicht rechtfertigen. Soweit es sich bei der Schallwirkung der Musik, die über den betreffenden Raum hinausdringt, um bloße „Belästigungen“ handelt, muß sie ebenso ertragen werden, wie die sonstigen gewöhnlichen Geräusche aus Nachbarwohnungen ertragen werden müssen.

Dr. jur. Walter Krottschiner, Magistratsrat.

Für die Bühneneinrichtung wurden etwa 1 000 000 Kilogramm Eisen, umfassend die Konstruktionen, hydraulische Apparate und Maschinen gebraucht. Das größte Podium wiegt allein etwa 1400 Tonnen. Die Druckzentrale hat Ventilatoren, wozu jede über 20 Tonnen wiegt. Der Vorhang mit seinen riesigen Abmessungen wiegt etwa 25 000 Kilogramm. Die gesamte Bühnenmaschinerie wird in ihren Hauptapparaten auf hydraulischem Wege bewegt, und zwar mit einem Wasserdruck von 80 bis 120 Atmosphären. Die Ausmaße der neu beschaffenen Bühnenfläche sind ganz gewaltig. Es beträgt die Breite des Bühnenhauses allein, einschließlich Seilerbühnen, etwa 60 Meter, und die Tiefe des Bühnenhauses etwa 35 Meter.

Mehrere hundert freie Lehrstellen.

Beim Berufsamt Berlin-Süd besteht noch ein großer Ueberschuß an freien Lehrstellen, für die es zurzeit noch an Bewerbern mangelt. Es fehlen Lehrlinge für folgende Berufe: Glasbleiber, Glasbläser, Steinbildhauer, Glitzer, Dreher, Decker, Formler, Korbmacher, Metallschleifer, Graveure, Schmiede-, Selbstbrannt-, Bau- und Maschinenhelfer, Werkzeugmacher, Mechaniker, Klempner für Gas, Wasser, Bau und Werkstat, Kronen und Hülsen, Radler, Fräser, Hobler, Poliermeister, Härtler, Sattler, Tapezierer, Polierer, Stellmacher, Tischler (Bau, Möbel, Piano), Holzbildhauer, Schnitzer, Bergoldeur und Rahmenmacher, Bäder, Küfer, Schneider, Wäfer, Töpfer, Photographen, Zeichner für Maschinenbau, Verfüßer und Kaufleute aller Art, männlich und weiblich, für Geschäft, Bureau, Versicherung und Bank, Dentisten. Unter diesen

befinden sich viele Stellen, für die höhere Schulbildung (Reife für Obersekunda, Primareife und Maturum) Voraussetzung ist, aber andererseits bietet sich bei der großen Zahl auch Gelegenheit, Jugendliche, die aus der 2. und 3. Klasse der Volksschule entlassen werden, unterzubringen. Für alle Jugendlichen, die noch keine Lehrstelle gefunden haben, besteht jetzt die Möglichkeit, eine solche zugewiesen zu erhalten. Den Eltern und Jugendlichen aus den Verwaltungsbezirken Neutal, Kreuzberg und Tempelhof wird deshalb geraten, möglichst bald den Rat und die Hilfe des Berufsamtes Süd in Anspruch zu nehmen. Jugendliche aus anderen Bezirken wollen sich an ihre zuständige Beratungsstelle wenden. Die Hauptstelle Neutal, Thomasstraße, Holzhaus, ist geöffnet am Dienstag und Freitag von 14 bis 18 Uhr, an den anderen Tagen, mit Ausnahme des Sonnabends, von 10½ bis 14½ Uhr, die Nebenstelle Kreuzberg, Berlin, Fährbringerstraße 34, Montag und Donnerstag von 14 bis 18 Uhr und Freitag von 10 bis 14 Uhr, die Nebenstelle Tempelhof, Dorfstraße 17, für Mädchen am Dienstag und für Knaben am Mittwoch von 12 bis 15½ Uhr.

Martyrium eines unehelichen Kindes.

Sechs Monate Gefängnis für die entmenschte Mutter.

Mit dem Martyrium eines zehnjährigen Kindes, das die eigene Mutter verschuldet hat, hat sich wieder einmal das Gericht in Roabit zu beschäftigen. Wegen fortgesetzter grausamer Mißhandlung hatten sich die Eheleute Werner zu verantworten.

Durch Mitbewohner des Hauses Am Ostbahnhof 6, die die dauernden Qualereien des Kindes nicht mehr mit anhören konnten, wurde der Fall zur Anzeige gebracht. Das Kind war vorehelich geboren und neun Jahre im Städtischen Waisenhaus erzogen worden. Nach ihrer Verehelichung wurde die Mutter aber aufgefordert, für ihr Kind selbst zu sorgen. Jetzt begann eine Leidenszeit für die arme Kleine, die der entmenschten Mutter ein Dorn im Auge war. Die Nachbarn hörten Tag und Nacht das Schreien des Kindes und das Klatschen der Schläge. Schließlich zog einer der Nachbarn das Kind in seine Wohnung, um es zu beschützen. Der Anblick war so entsetzenderregend, daß der mittelbige Nachbar das Kind sofort zur Polizei brachte. Der hinzugezogene Arzt mußte erklären, daß ihm in seiner langjährigen Praxis ein derartiger Fall von Grausamkeit noch nicht vorgekommen sei. Der ganze Körper des Kindes war mit blutunterlaufenen Striemen, offenen und schorfigen Wunden und Beulen förmlich bedeckt. Auf den nackten Körper wurde das Kind fast täglich vom Stiefvater und mehr noch von der eigenen Mutter mit einem dicken Lederrücken geschlagen. Die Nachbarn hörten täglich, wie die Schläge auf den Körper niederkrachten. Sie bekundeten aber auch weiter, daß es hauptsächlich die Mutter selbst gewesen sei, die das Kind in der lieblossten Weise behandelt hatte. Mitunter hatte

Funkwinkel.

Die Nachmittagsunterhaltungsmusik fand ausnahmsweise wieder einmal auf höherem Niveau Franz von Spanowski mit der Funkkapelle brachte ein ansprechendes, populäres Konzert. Spanowski zeigte sich dabei in einigen Werken wieder als Geiger von Format. Erstklassig war auch die Abendveranstaltung. Der Titel „Was Schön's sein kann“ als ein Wiener Lied war das einzig Aisfällige daran. Das Programm brachte jedoch nichts von jenen faden Süßigkeiten, die eine geschlossene Industrie unter dem Kennwort „Wien“ heute in Umlauf setzt. Man hörte wirklich echte Wiener Musik von Vater und Sohn Strauß, Banner-Lieder und volkstümliche Walzer. Die Kapelle Max Weber führte das Konzert aus. Sie verfiel über Streicher, die den ganzen Wohlklang dieser Musik zu weiden verstanden und doch Kultur genug besaßen, sie nicht in Gefühlseligkeit zu erröten. — Daß im Jahre über 10 000 leichte Erdbeben, 100 mittlere und 25 schwere festgesetzt werden, dürfte den wemaligen Menschen bekannt sein. In dem letzten Vortrag seines Julius „Naturkräfte und Naturkatastrophen“, in dem Dr. Herbert Henke das Entstehen und die Entstehungsformen von Erdbeben behandelte, teilte der Vortragende diese Zahlen mit. — Sanitätsrat Dr. Paul Frank zog gegen die fanlose Propaganda aller möglichen Schwindelagen zu Felde. Nur eine dem Fuß wirklich angepöste, also für jeden Patienten nach genauer Kenntnis seines Leidens angefertigte Einlage kann Hilfe und Heilung bringen.

Forman gegen Schnupfen Wirkung frappant!

DEUTSCHE BANK.

Geschäftsbericht für das Jahr 1927.

Im Jahre 1927 hat unsere Wirtschaft, eben erst aus schwerer Krise zur Erholung gelangt, eine Produktionshöhe erreicht wie nie zuvor. Zu dem normalen Verzehr an Konsumgütern, durch den Arbeitsverdienst von 1 1/2 Millionen zusätzlich zur Beschäftigung gebrochener Arbeiter geleistet, kam in großem Maßstab der Bedarf zur Erneuerung und Verbesserung unserer Produktionsmittel, deren Durchführung übrigens bei weitem noch nicht beendet ist und nur wegen der Beschränkung der zur Verfügung stehenden Gelder auf längeren Zeitraum verteilt werden muß. Insbesondere stellten sich die Geldbeschaffung für öffentliche Körperschaften, in deren Hand zum ganz überwiegenden Teil die Erzeugung und Verteilung von Gas, Wasser und Elektrizität liegt, und die für öffentliche Bauten und Wohnanlagen lebhafteste Tätigkeit erzielten, mannigfache Schwierigkeiten entgegen, die ebenso sehr auf wirtschaftspolitischen Gebieten liegen wie auf finanziellen.

Als dritter nicht zu unterschätzender Faktor für den Aufschwung ist die Vorratsbildung hervorzuheben, die in immer stärkerem Maße in Erscheinung tritt. Die Preisentwicklung des Jahres 1926 hatte die Lagerhaltung zunächst auf dem niedrigen Stande belassen, der durch die Krisis erzwungen worden war. Die Geldflüssigkeit zu Beginn des Jahres 1927, die Steigerung der Löhne, die, noch bescheiden, im April einsetzte, nun aber größeres Ansehen zu gewinnen droht, und die allgemeine Ansicht, daß die Preise des Jahres folgen, haben zu bedeutender Verstärkung des Lagers, weniger in der Industrie als beim Handel, und zwar vorwiegend beim Einzelhandel geführt. Wegen seiner wirtschaftlichen Zusammenhänge verdient dieser Punkt besondere Aufmerksamkeit. Wenn es nicht bestritten ist, daß der Verminderung der Vorräte zum großen Teil die günstige Gestaltung unserer Handelsbilanz im Jahre 1926 zu danken war, so wird es nicht weniger zweifellos sein, daß der große Passivsaldo des Jahres 1927 entscheidend durch die neue Lagerhäufung bedingt worden ist. Soweit das Defizit nicht dadurch entstanden ist, daß schlechte Ernte vermehrte Lebensmittelimporte nötig gemacht hat, findet es also im Wesentlichen der Warenlager seinen Gegenpart. Nimmt der Milliardenanwuchs des Einfuhrüberschusses und der damit zusammenhängenden kurzfristigen Auslandsverschuldung diese Sachlage auch viel von ihrem Schrecken, so bringt sie auf der anderen Seite unserer Wirtschaft große Unzulänglichkeiten. Bereits am 30. Juni hatte das Wechselportefeuille der Reichsbank das Doppelte seines niedrigsten Standes vom 23. Februar erreicht. Nur auf Inlandswechsel bezogen, war die Zunahme noch bedeutender. Wie die Erträge der Wechselkursoperationen zeigen, trat aber im zweiten Semester die größte Steigerung des Wechselkursgewinns ein, der am Jahresabschluss gewiß drei Milliarden Reichsmark mehr betrug als zu Beginn. Wenn die Reichsbank ihren Diskont im Juni auf 6% und im Oktober auf 7% erhöht hat, so ist das, wie die Zunahme des Wechselkursgewinns überhaupt, zum größten Teil der Ausammlung von Warenvorräten zuzuschreiben. Die ungedeckte Höhe des Wechselkursgewinns wird durch den Verlust der im allgemeinen Zinsvermehrung der Vorräte in kurzer Frist und in großem Ausmaß gestatten aber auch die Kurven des Aufstiegs und Abfalls der Wirtschaft besonders steil.

Die angespannte Tätigkeit in Industrie und Handel gab weitesten Kreisen mehr Verdienst und Gelegenheit zur Kapitalbildung. Für ihr Ansehen ist die Zunahme der Sparklagen bei Sparkassen mit wieder 1800 Millionen RM, die von Fabrikarbeitern, Arbeitern, Hausangestellten und Handwerkern stammen, ein Anhaltspunkt. Der Unternehmensgeist freilich ist die Kapitalbildung sehr erschwert. Die Lohnerhöhungen durch Preissteigerungen ausgleichend, verbleibt die Weltmarktlage und die Rücksicht auf den Export. Der schnelle Wandel moderner Technik bedingt höhere Abschreibungen, und die Steuerlast, durch Reparationsausgaben und teuren Staatsbetrieb hoch gehalten, drückt zu sehr. Für die übermäßige Besteuerung geben wir am Schluß des Berichtes einen detaillierten Beleg. Immerhin können wir uns im ganzen einer Kapitalbildung, die ohne Rationalisierungsbefehl, zu dessen Befriedigung wir auf das Ausland angewiesen bleiben, insofern ist, unsere Wirtschaft mit Inlandsmitteln zu finanzieren. 4 1/2 Milliarden Reichsmark an Schuldverschreibungen und Aktien konnten durch die deutsche Börse untergebracht werden, ohne daß Unzulänglichkeiten anderer Art entgegen traten, als mit der ungleichmäßigen Verteilung der Emissionen über das Jahr hin verbunden waren.

Zu dieser Kapitalbildung haben die landwirtschaftlichen Kreise im allgemeinen nicht beitragen können. Zwei schlechte Ernten haben die Notlage der Landwirtschaft in voller Schärfe offenbart; die Wurzeln liegen tiefer. Durch Verschuldung zu unerschwinglich hohen Zinsen, ohne daß die entsprechenden Beiträge in ausreichendem Maße zu produktiver Rationalisierung verwandt worden sind, liegt die Landwirtschaft darauf angewiesen, von der Hand in den Mund zu wirtschaften und konnte keine Reserven zum Ausgleich schlechten Erntesausfalls bilden. Lohnhöhe und Überbesteuerung kamen dazu. Hieraus erklärt sich das Mißverhältnis der Erzeugnissekosten zu dem Ertragspreis. Die öffentliche Hand kann höchstens die Not verbergend mildern. Ackerbau und Viehzucht aber dauernd wieder auf gesicherte Produktionsgrundlage zu stellen, liegt nicht nur im Interesse der landwirtschaftlichen Kreise selbst, sondern ebenso im Interesse der Gesamtwirtschaft. Es ist wichtiges Ziel, durch Ertragssteigerung des Bodens die Einfuhr von Agrarprodukten zu ersetzen; nur so könnte unsere Handelsbilanz auf die Dauer wachsende Aktivität verbleiben werden. Von der steigenden Ansicht an Industrieerzeugnissen allein kann dies nicht erwartet werden; die Verbesserung unserer Produktionsapparate und die zunehmende internationale Wirtschaftsverflechtung durch Abschluß von Handelsverträgen fördern zwar den Export, er findet aber seine Grenzen an der Außenweltlichkeit und dem Aufnahmewillen der Einfuhrländer, die bestrebt sind, eigene Industrien aufzubauen und zu schützen.

An den Geldmarkt wurden durch den zunehmenden Gütermangel große Anforderungen gestellt. Die Flüssigkeit der ersten Monate verführte — auch die Banken — dazu, seine Kraft zu überschätzen. Als durch übermäßige Spekulation bewirkte Kurssteigerungen in bedächtigem Maße Aktien aus festem Besitze lockten und in spekulative Hand überführten, die sie nur mit Leihgeld, zumal vom Ausland bezogen, zuweilen konnten, sahen sich die Banken veranlaßt, durch gemeinsamen Beschluß ihre Ausleihungen an die Spekulation einzuschränken. Der Zweck, weitere Basislockerung zu verhindern und die schwimmenden Aktien wieder in feste Hand zurückzuführen, ist indes bedauerlicherweise, aber unvermeidliches Opfer erreicht worden. Wenn im zweiten Halbjahr das Börsengeschäft immer mehr zusammenschrumpfte, so lag das nicht so sehr an den Nachwirkungen der Basisminderung als an der Erschöpfung der Spekulation, die im Zusammenhang mit dem Schriftwechsel des Reparationsagenten und der Reichsregierung von einem Gefühl der Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Wirtschaft ergriffen wurde.

Tatsächlich kann es von einer stabilen Entwicklung unserer Wirtschaft keine Rede sein, solange nicht das Reparationsproblem endgültig und für uns günstig gelöst ist. Wenn vielleicht auch Vorsätze, wie der erwähnte Schriftwechsel, die periodischen Berichte des Reparationsagenten, seine Haltung den Auslandsanleiher der Kommission gegenüber, sein Eingriff bei der Emission der preussischen Anleihe, insofern förderlich sind, als sie auf beiden Seiten Stimmung schufen und Schritte zeigten, die die Endlösung vorbereiten, so heißt, bis diese erreicht ist, eben unsere Wirtschaft den durch das ungelöste Problem jederzeit möglichen Störungen ausgesetzt.

Die Nachfrage aus unserer Kreditnachricht nach Investitionskrediten, deren Laufzeit länger zu bemessen war, als im Bankgeschäft normalerweise möglich, und die durch Emissionen zu betriebliehen wegen Geringfügigkeit der Einzelbeträge oder weil nicht von Aktien-Gesellschaften stammend, zunächst war, hat uns veranlaßt, einen von der Firma Dillon, Read & Co. in New York anbotenen Kredit von 25 Millionen Dollars auf fünf Jahre anzusetzen. Hieraus haben wir unserer Kundschaft folgende Darlehen bewilligt:

von Dollar	his Dollar	25,000.—	St. 36	—	Dollar	712,300.—
25,000.—	50,000.—	30	—	—	1,711,000.—	
50,000.—	100,000.—	35	—	—	2,974,272.63	
100,000.—	150,000.—	28	—	—	1,590,000.—	
150,000.—	200,000.—	2	—	—	388,699.—	
200,000.—	300,000.—	14	—	—	1,049,321.15	
300,000.—	400,000.—	4	—	—	1,325,000.—	
400,000.—	500,000.—	8	—	—	3,878,684.84	
500,000.—	1,000,000.—	4	—	—	3,400,000.—	
1,000,000.—	über	2	—	—	2,790,000.—	

St. 172 = Dollar 24,869,047.63

21,672,602,21 Doll. sind von uns gegen Deckung und 3,196,325.41 Doll. ohne Deckung gegeben worden. Erwas mehr als die Hälfte des Betrages diente dazu, Forderungen gegen Darlehen einzuheben zu vergrößern, mit dem Rest befristeten wir neue Kreditzinsen. Weil wir das Diskont für die ganze Laufzeit dem Konto „Langfristige Dollar-Vorschüsse“ belastet haben, weicht der Buchwert von der Summe der verrechneten Einzelkredite ab. Dieses Diskont im ganzen aus dem Jahresgewinn abzuschreiben, schlagen wir der Generalversammlung vor.

Im Laufe des Geschäftsjahres übernahmen wir durch Fusion die Lübecker Privatbank, deren Geschäfte wir als Filiale unserer Bank weiterführen. In gleicher Weise gliederten wir durch Fusion im Februar 1926 die Hildesheimer Bank ab. Mit beiden Unternehmungen standen wir seit Jahrzehnten in freundschaftlicher Verbindung und stimmten daher den Vorschlägen ihrer Verwaltungen gern zu, nachdem sie zur Überzeugung gelangt waren, ihre Organisation und ihre Beziehungen im Rahmen der Deutschen Bank besser ausüben zu können als mit den eigenen beschränkten Mitteln. Die zum Austausch des Aktienkapitals beider Banken, soweit wir es nicht selbst bereits besaßen, erforderlichen Aktien der Deutschen Bank konnten wir uns beschaffen, ohne zur Kapitalerhöhung schreiten zu müssen.

Unter Berücksichtigung dieses Zuwachses hat die Deutsche Bank jetzt an 182 Plätzen Niederlassungen. Daneben werden 100 Stadt-Depositenkonten unterhalten, von denen auf Berlin 27 entfallen. Im Laufe des Berichtsjahres haben wir 3 kleinere Niederlassungen geschlossen.

Unsere in- und ausländischen Filialen haben zu unserer Zufriedenheit gearbeitet.

Die Zahl der Konten beträgt 375 889 gegen 358 686 am Ende des Vorjahres. Die Umsätze sind von RM. 165,285,651,000 auf RM 207,792,606,000 gestiegen.

Die Frage der Ukkosten, hauptsächlich der Personalkosten, bildet für uns auch wie vor einem Gegenstand erster Sorge. Der Personalbestand, der zu Beginn des laufenden Geschäftsjahres 13 856 Köpfe betrug, ist immer noch um 22% höher als Ende 1913 unter Miteinrechnung der inzwischen übernommenen Institute. Obwohl die Personalkosten sich gegenüber dem Vorjahre insbesondere infolge Beendigung des größeren Teiles der Aufwertungsarbeiten vermindert hat, ist der Gesamtbetrag der Ukkosten für die Tätigkeitsstellen durch eine im März 1927 eingetretene erneute Tarifsteigerung wiederum gestiegen. Bei dieser Entwicklung konnten die bisherigen Rationalisierungsmaßnahmen, zu denen wir mit Rücksicht auf die gesunkene Rentabilität des Bankgeschäftes gezwungen sind, noch keine genügende Entlastung des Ukkostenkontos bringen. Daher werden wir auch weiterhin einer arbeitssparenden Organisation unseres Betriebes besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen; wir werden jedoch versuchen, die Personalverminderung, die sich im Zusammenhang hiermit als möglich und geboten erweisen sollte, zunächst im Rahmen des natürlichen Abflusses zu halten, im übrigen aber, wie bisher, den betroffenen Beamten, soweit als nicht in den Ruhestand übergeführt werden, den Übergang in einen anderen Wirkungskreis weitgehend erleichtern. In unserer Personalpolitik verfolgen wir nach wie vor das Ziel, aus einem Stamm langjähriger bewährter Mitarbeiter zu erhalten. In wie hohem Maße das der Fall ist, ergibt sich daraus, daß bei unserem Gesamtbestand 41% der hauptmännlichen und gewerblichen Angestellten über 35 Jahre alt sind; in Berlin sind etwa 36% sogar über 40 Jahre alt. Leider hindert uns die schematische Arbeitszeit-Gestaltung und ihre rigide Durchführung daran, auf weniger leistungsfähige Angestellte sowie Rücksicht zu nehmen, wie wir es aus sozialen Gründen wünschen würden.

Unsere seit Jahren verfolgte Bestrebungen zur Ausbildung des Nachwuchses sind im Berichtsjahre in Berlin durch die von der Industrie- und Handelskammer vorgenommene Gründung einer Bankerschule wirksam unterstützt worden. Daneben blieben die von uns abgehaltenen Unterrichtskurse in Kurzschrift und fremden Sprachen sowie die Veranstaltung banktechnischer Vorträge bestehen.

In den Erholungsheimen Johannsburg und Sellin haben im Berichtsjahre über 600 Beamte während ihres Urlaubs kostenlos Unterkunft und Verpflegung erhalten. In Johannsburg haben außerdem während der Wintermonate wiederum erholungsbedürftige Kinder unserer Beamten für die Dauer in einem Monat Aufnahme gefunden.

Unsere Sport- und sonstigen Wohlfahrtsrichtungen haben sich weiter bewährt.

Zu dem einzelnen Postionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlust-Rechnung bemerken wir folgenden:

Die Notenguthaben bei Banken und Bankfirmen bestanden zu mehr als 85% aus fremden Währungen.

Die Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren, lediglich mit dem Außenhandel zusammenhängende Kredite, enthalten über 95% Valuta-Vorschüsse.

Die Reports und Lombards gegen börsenmäßige Wertpapiere haben wir planmäßig verringert, um die steigenden Kreditansprüche des Warenhandels besser befriedigen zu können.

Unsere Beteiligung an Gemeinschafts-Unternehmungen ist im Laufe des Berichtsjahres erheblich gewachsen. Von den neuen Geschäften, an denen wir mitgewirkt haben, erwähnen wir folgende:

Fusionen:

Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs-Aktien-Gesellschaft (Zusammenschluß der Allianz Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, Berlin, mit der Stuttgarter Verein Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, Stuttgart, und der Brandenburger Spargeldversicherungs-Aktien-Gesellschaft, Berlin), Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank Aktiengesellschaft (Zusammenschluß der Allianz Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft, Berlin, mit der Stuttgarter-Lübeck Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft in Stuttgart, Stuttgarter Lebensversicherungsbank Aktiengesellschaft, Stuttgart, und der Bayerische Lebens- und Unfallversicherungsbank Aktiengesellschaft in München), Berg-Heckmann-Selve Aktiengesellschaft (Zusammenschluß der Firmen Carl Berg, Akt.-Ges., Werdohl i. W., C. Heckmann Aktiengesellschaft, Duisburg, und Selve Aktiengesellschaft, Altena), Güldenlöcher Bergwerks-Aktien-Gesellschaft (Aufnahme der Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft und Bochumer Verein für Bergbau und Gießereifabrikation), Schellhaß-Patzschlatter Brauerei-Aktiengesellschaft (Aufnahme der C. A. F. Kahlbaum Aktiengesellschaft in Berlin).

Übernahme bzw. Börseneinführungen:

a) Aktien

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, American Glycerol Corporation, Bank für Elektrische Unternehmungen, Bayerische Motoren Werke, Aktiengesellschaft, J. P. Bensberg, Aktiengesellschaft, Julius Beyer Tiefbau-Aktiengesellschaft, Bergmann-Elektrizitäts-Werke, Aktiengesellschaft, Compania Hispano Americana de Electricidad, Daimler-Benz Aktiengesellschaft, Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft, Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Hansa“, Hamburg-Amerikanische Packfahrt-Aktien-Gesellschaft, Gebrüder Junghans Aktiengesellschaft, Kiehlner-Werke Aktiengesellschaft, Kuhn-Neusserer Bergwerksverein, Mannesmannröhren-Werke, Norddeutsche Wolframmetall- und Kammernspinnerei, Norddeutsche Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, Oesterreichische Siemens-Schuckert-Werke, Schlesische Elektrizität- und Gas-Aktien-Gesellschaft, Svenska Tändsticks Aktiefabrik, „Vaterländische“ und „Rheinische“, Vereinigte Versicherungs-Gesellschaften, Aktien-Gesellschaft, Vereinigte Glycerol-Fabrik Aktiengesellschaft, Wiener Bank-Verein.

b) Staats- und Gemeinde-Anleihen

8% jetzt 6% Deutsche Reichsanleihe, 7% Badische Kommunal-Goldanleihe, 6% Badische Staatsanleihe, 6% Bayerische Kommunal-Goldanleihe, 6% Bayerische Staatsanleihe, 6% Danziger Staatsanleihe, 6% Sächsische Staatsanleihe von 1927.

c) Pfandbriefe und Teilschuldverschreibungen

Daimler-Benz Aktiengesellschaft, 6% Teilschuldverschreibungen, Gesellschaft des konsolidierten Steinkohlenerzeugs „Minister Achenbach“, 6% Teilschuldverschreibungen von 1927 Hannoversche Landeskreditanstalt, Conversion der 10% Goldschuldverschreibungen in 8% Goldschuld, von I. H. 27, Friedr. Krupp Aktiengesellschaft, 6% Teilschuldverschreibungen von 1927, Landeshank der Rheinprovinz, 6% Goldpfandbriefe I. Ausgabe, Landesbank der Rheinprovinz, 7% Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen, Landesbank der Rheinprovinz, 6% Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen, Landesbank der Provinz Sachsen, 7% Goldpfandbriefe, Ausgabe I u. II, Landesbank der Provinz Sachsen, 6% Goldpfandbriefe, Ausgabe I u. II, Ostpreussische Landschaft, 7% Goldpfandbriefe, Ostpreussische Landschaft, 6% Gold-

pfandbriefe, Pommersche Landschaft, 7% Goldpfandbriefe, Ausgabe I u. II, Pommersche Landschaft, 6% Goldpfandbriefe, Ausgabe I, Société anonyme d'Ougrée Marbais, 6% Teilschuldverschreibungen.

Das Ergebnis der Dauernden Beteiligungen bei anderen Banken stellt die Einnahme aus den Dividenden für 1926 dar. Der Bestand des Kontos ist durch Übernahmen von Aktien des Wiener Bank-Vereins erhöht worden. Das Ergebnis der Deutschen Ueberseeischen Bank wird auch für das Jahr 1927 ungeschädigt des sich weiter verschärfenden Wettbewerbs wiederum befriedigend werden.

Auf den Konten Bankgebäude und sonstiger Grundbesitz haben wir bereits in der Bilanz eine Abschreibung von rund RM 1,000,000 vorgenommen. Zur weiteren Abschreibung schlagen wir der Generalversammlung vor, RM 1,500,000 auf Bankgebäude und auf Sonstigen Grundbesitz aus dem Reingewinn zu verwenden. Da der Buchwert der Bankgebäude der Lübecker Privatbank durch kleinere Massveräußerungen ausgemittelt ist, würde sich nach dieser Abschreibung der Buchwert unserer Bankgebäude und des Sonstigen Grundbesitzes, noch nach dem Zuwachs, den uns die Hildesheimer Bank bringt, gegenüber den jetzigen Bilanzfiguren nicht erhöhen.

Bei unseren inländischen Niederlassungen hat sich der Anteil der Ausländer an der Gesamtsumme der Gläubiger unserer inländischen Niederlassungen auf 32,6% erhöht, wovon auf Valuta-Guthaben 25,6% und auf Rechenmark-Guthaben 7,2% entfallen. Ueber 70% unserer Währungsverpflichtungen an Ausländer und Inländer zusammen deckt der Devisenbesitz unserer inländischen Niederlassungen innerhalb der ersten fünf Bilanzposten. Die letzten 30% sind leicht aus sonstigen Valuta-Aktiven und Währungs-Schuldensätzen zu machen.

Die von uns geleisteten Bürgschaften in Höhe von RM 168,972,773.36 sind hauptsächlich im Zusammenhang mit Reparations-Sachlieferungen und gestützten Zoll-Garantien gegen das Vorjahr (RM 87,986,576.54) fast verdoppelt.

Den Dr. Georg von Siemens-Wohlfahrtsfonds schlagen wir vor, durch Zuwendung in Höhe von RM 715,615.30 auf RM 6,760,000 zu erhöhen.

Zinsen und Gebühren haben sich infolge der Geschäftsausdehnung erhöhen lassen, obwohl bei den Zinsen die Konkurrenz um Geldanlage, namentlich von seitens der öffentlichen Banken, gewinn-schmälernd wirkte und sich in Gebühren der Anzahl der Effektenprovision von Börsengeschäften stark bemerkbar machte.

Die Belastung mit Steuern und Abgaben ist wieder gewachsen. Abgesehen von den sonstigen gesetzlichen sozialen Lasten in Höhe von RM 1,640,619.79 stellten sich im abgelaufenen Jahre die Beträge

	auf RM
für Körperschaftsteuer	4,420,912.23
- Gewerbesteuer	8,833,829.59
- Vermögenssteuer	91,334.22
- Daves-Belastung	441,865.78
- Lohnsummensteuer	821,538.94
- allgemeine Umsatzsteuer	671,219.87
- Arbeitslosenversicherung	500,000.—
- Grund- und Gebäudesteuer	449,225.47
- Hauszinssteuer und Wohnregulierungsabgabe	—
- periodische Grundsteuer	—
- verschiedene kleinere Steuern einschl. der Steuern unserer Auslandsfilialen	—
zusammen	RM 13,220,164.04

Das sind über 86% der Dividende.

Jede dieser Steuern wird im besonderen Verfahren von besonderer Stelle verlangt und abgezogen. Jede Bezeichnung ist bei besonderer Stelle vorzubringen und zu verhandeln. Daß diese Dezentralisation und die Rechtswidrigkeit der einzelnen Länder in Real- und Gewerbesteuerfragen unendlich großen Beamten- und Arbeitsaufwand nicht nur beim Fiskus, sondern auch beim Steuerpflichtigen erfordert, liegt auf der Hand. Die Gesamtbesteuerung ist aber auch ihrer Höhe nach so unerschwinglich, als der Dividendenanspruch von Aktionären nochmals vermindert werden muß. Diese Doppelbesteuerung führt dazu, daß selbst derjenige Aktionär, dessen Gesamtvermögen unter RM 8,000 liegt, mehr als die Hälfte an Steuern bezahlen muß. Mit höherem Einkommen des Aktionärs steigt die Steuer bis auf 65%.

Die Verteilung des Gewinns der Deutschen Bank (nach Absetzung der Reservestellung und Abschreibungen) zwischen Steuer und Aktionär zeigt folgendes Bild:

es entfallen in Prozenten		
bei einem Gesamteinkommen eines Aktionärs	auf die Besteuerung	auf den Aktionär
bis zu RM 8,000	32.18	47.82
„ „ 30,000	39.09	40.91
„ „ 100,000	62.81	37.19
„ „ 200,000	65.46	34.54

Einschließlich des Vortrags aus dem Jahre 1926 von RM 1,339,831.26 und nach Vornahme der Abschreibungen auf Bankgebäude, sonstiger Grundbesitz und Mobilien von insgesamt RM 1,168,941.27 beläuft sich das Ergebnis des Jahres 1927 auf . . . RM 25,821,656.30

Hiervon erhalten zunächst die Aktionäre (nach § 33b der Satzungen) 4% Dividende auf RM 150,000,000 . . . 6,000,000.—

Von den verbleibenden . . . RM 19,821,656.30 beantragen wir,

der Reserve zwecks Erhöhung auf RM 77,000,000.— . . . RM 2,800,000.—

dem Dr. Georg von Siemens-Wohlfahrtsfond . . . 715,615.30 zu überweisen und

als Abschreibung des Disagio auf das 6% Dollar-Darlehen . . . 3,216,625.—

sowie als Sonder-Abschreibung auf unseren Grundbesitz zur Herabminderung des Buchwertes auf RM 43,500,000.— . . . 1,500,000.—

zu verwenden. Von dem übrigen verbleibenden Betrage von . . . RM 11,390,416.09

abzüglich RM 1,912,996.74 Vortrag auf neue Rechnung erhält (nach § 33d der Satzungen) der Aufsichtsrat . . . 677,419.25

Wir schlagen vor, von den restlichen . . . RM 10,912,966.74

6% Superdividende auf RM 150,000,000 mit . . . 9,000,000.—

zu verteilen und den Ueberschuß von . . . RM 1,912,966.74 auf neue Rechnung vorzutragen.

Es würde demnach erhalten

jede Aktie von nom. RM 60.—: RM 6.—

„ „ „ 100.—: „ 10.—

„ „ „ 120.—: „ 12.—

„ „ „ 300.—: „ 30.— = 10% Dividende.

Wenn die Generalversammlung die vorstehenden Anträge genehmigt, erhöht sich das eigene Vermögen der Bank (Aktienkapital und bilanzmäßige Reserve) zum 31. Dezember 1927 auf RM 227,500,000.

Berlin, im März 1928.

Der Vorstand der Deutschen Bank

A. Blinzig S. Febr P. Millington-Herrmann O. Schlichter

E. G. v. Stauß O. Wassermann

Stellvertretend: O. Absbagen J. Berns P. Bonn P. Brunschwig W. Kehl J. Kiehl O. Sperber K. Weigelt F. Wintermantel

Deutsche Bank zur Konjunktur.

10 Prozent Dividende wie im Vorjahre.

Die Deutsche Bank hat ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1927 eine Stellungnahme zur Wirtschaftsentwicklung des vergangenen Jahres vorausgeschickt, die nicht nur kurz und begründbar sachlich ist, sondern auch sich durch ein selbständiges Urteil über die Wirtschaftsentwicklung im letzten Jahre über herkömmliche Bankberichte erhebt. Der Bericht unterstreicht die große, den Inlandmarkt stützende Bedeutung der in den Produktionsprozess wieder hineingezogenen anderhalb Millionen Arbeitslosen und die fast noch größere Bedeutung der industriellen Ausbaufunktion für den Inlandmarkt, von der mit Nachdruck gesagt wird, daß sie noch nicht beendet sei und nur wegen der Begrenztheit der Mittel auf längere Zeiträume verteilt werden müsse. Deutlich wird ausgesprochen, daß nicht nur finanzielle, sondern auch wirtschaftspolitische Gründe die Beschäftigung öffentlicher Körperschaften zur Erweiterung produktiver Betriebe genehmigt hätte, eine Hemmung, die, das ergibt sich aus dem Zusammenhang, nach der Meinung der Deutschen Bank auch die Wirtschaftsentwicklung behindert hat.

Recht Bemerkenswertes wird zur Erklärung der stark passiven Handelsbilanz und zur Verteuerung des Kredits im Jahre 1927 dadurch beigetragen, daß die entscheidende Bedeutung der stark

erweiterten Lagerhaltung in den Mittelpunkt der Analyse

des Wirtschaftsablaufes gestellt wird. Der große Passivsaldo im Jahre 1927 sei zweifellos ebenso durch die neue Lageranhäufung verurteilt, wie im Jahre 1926 die starke Verminderung der Vorräte die Handelsbilanz günstig beeinflusst habe. Im Gegensatz zu den Behauptungen des Reichsernährungsministers Schiele und die Auffassung des Reichswirtschaftsministers Curtius unterstreichend, wird betont, daß die starke Passivierung der Handelsbilanz zu jenem Teile produktiv sei, in welchem sie sich durch die Lageranhäufung erkläre — natürlich über den konsumtiven Verzehr von eingeführten Lebensmitteln hinaus. Durch die große Lagerhaltung sei auch die zusätzliche Steigerung des Wechselportefeuilles der Reichsbank und des gesamten Wechselumsatzes, ebenso aber auch die zweimalige Diskonterhöhung des Jahres 1927 zu erklären. Die Konjunkturtouren des vergangenen Jahres seien dadurch besonders steil geworden, was umgekehrt auch für den eventuellen Abstieg eine besondere Steilheit des Abfalls zur Folge haben müsse.

Von der Kapitalbildung

wird gesagt — auch hierin ist der Geschäftsbericht respektvoll und Objektivität bemüht —, daß weiteste Kreise in Industrie und Handel dazu Gelegenheit gehabt hätten. Wenn der Unternehmertum die Kapitalbildung auch durch die technisch notwendig hohen Abschreibungen und die durch Reparationszahlungen und teuren Staatsbetrieb hohe Steuerlast erschert sei, so näherte sich Deutschland im ganzen doch einer Kapitalbildung, die, abgesehen von dem aus Auslandsgeldern zu bestreitenden Rationalisierungsbedarf uns in Stand setze, die Wirtschaft mit Inlandsmitteln zu finanzieren. 4 1/2 Milliarden Reichsmark an Schuldverschreibungen und Aktien seien durch die deutschen Börsen ohne besondere Ungünstigkeiten untergebracht worden.

Zur Agrarkrise wird richtig bemerkt, daß die Hilfe des Staates die Not nur vorübergehend mildern könne, und daß nur durch Ertragssteigerung des Bodens, nicht aber ohne weiteres durch verstärkter Fälligkeit der Handelsbilanz eine wachsende Aktivität erzielt werden könne. Der Hinweis darauf, daß die Ertragssteigerung sich insbesondere auf agrarische Bepflanzung erstrecken müsse, fehlt allerdings. Diese wirtschaftskritischen Überlegungen entfernen sich immerhin in erfreulicher Weise von den stereotypen Klagen, die man sonst aus Unternehmertumskreisen und leider auch in manchen Großbankberichten anzutreffen gewohnt ist.

Über die Größe der Deutschen Bank

Im vergangenen Jahre war in verschiedenen Punkten, wenn auch nicht durchweg, mit etwas größerem Freimuth gesprochen. Man wird das Wort von Herrn Dr. Wassermann bei der Pressebesprechung, daß er sich eigentlich schämen müsse, mit einer so absolut unfrisierten Bilanz, wie in diesem Jahre, vor die Öffentlichkeit zu treten, nicht auf die Goldwaage legen dürfen. Aber es liegt im Wesen der Bankgeschäfte des vergangenen Jahres, insbesondere bei der durch die verlustreichen Ufa-Geschäfte belasteten Deutschen Bank, daß man ja nicht ganz so viel Gewinne zu verstecken hat, wie im Jahre 1926, dem Glanzjahr der Börsenspekulation. Außerlich hat sich die Tätigkeit der Deutschen Bank durch die Angliederung der Lübecker Privatbank und durch die Kolfusion der Hildesheimer Bank dahin erweitert, daß jetzt an 182 Filialen Niederlassungen bestehen und in 100 Städten Depostentassen, wovon auf Berlin 37 entfallen. Bis auf drei kleinere Filialen ist der große Gesamtapparat unverändert geblieben. Zahlenmäßig bleibt auch für die Gegenwart die Deutsche Bank mit ihren von 165 auf 208 Milliarden gestiegenen Umsätzen, mit ihrer von 1853 auf 2320 Millionen gestiegenen Bilanzsumme die größte deutsche Privatbank. Die Zahl der Konten ist von 339 000 auf 376 000 gestiegen, sicher in noch höherem Maße die Zahl der Geschäftsvorfälle, so daß aus der wiederum um 1000 Personen verminderten Angestellten- und Beamtenzahl geschlossen werden darf, daß auch bei der Deutschen Bank, trotz der Mechanisierung des Betriebes, der auf den

einzelnen Angestellten entfallende Arbeitsanteil ganz bedeutend erhöht

wurde. Daraus erwächst den immer noch sehr schlecht bezahlten Angestellten ein natürliches Recht, auf eine Erhöhung ihrer Bezüge zu dringen.

Das in der zweiten Hälfte schlechte Börsen-, im ganzen aber glänzende Industrie- und Finanzgeschäfts Jahr hat die der Deutschen Bank zur Verfügung stehenden Gelder von 1500 auf 1872 Millionen erhöht, wobei natürlich die durch Fusion und Angliederung zweier Banken zunehmenden Beträge mit in Rechnung gestellt sind. Eine Besonderheit der Deutschen Bank ist die Erhöhung der fremden Gelder durch die bekannte 25-Millionen-Dollaranleihe zur Fundierung kurzfristiger und Gewährung neuer längerfristiger Kredite an — wie gesagt wurde — die mittlere und kleinere Industrie. Aus diesen 105 Millionen Mark wurden nach dem Geschäftsbericht insgesamt 172 Kredite verlängert oder neu gewährt, darunter 110 im Betrage bis 100 000 Dollar, 44 von 100 000 bis 300 000 Dollar, 16 von 400 000 bis 1 Million Dollar und zwei über 1 Million Dollar. Von den insgesamt gewährten 24,8 Millionen Dollar wurden 21,6 Millionen gegen Deckung, 3,1 Millionen ohne Deckung gegeben, und etwas mehr als die Hälfte diente zur Verlängerung kurzfristig gewährter Kredite.

Die Veränderung in den Aktiven zeigt, abgesehen von diesen neugewährten Dollarkrediten, ungefähr dieselbe Entwicklung wie bei anderen Großbanken, d. h., es ist eine verstärkte Gewährung von Wirtschaftskrediten und ein Zurücktreten der Börsenkredite festzustellen: Wechselbestände sind von 406 auf 432 Millionen, Vorschüsse

auf schwimmende oder lagernde Waren von 125 auf 178 Millionen, Schuldner in laufender Rechnung von 798 auf 1007 Millionen erhöht, während Börsen- und Lombardvorschüsse von 175 auf 133 Millionen gesunken sind. Die Bestände aus Konjunkturalgeschäften sind mit 35 gegenüber 15 Millionen mehr als verdoppelt.

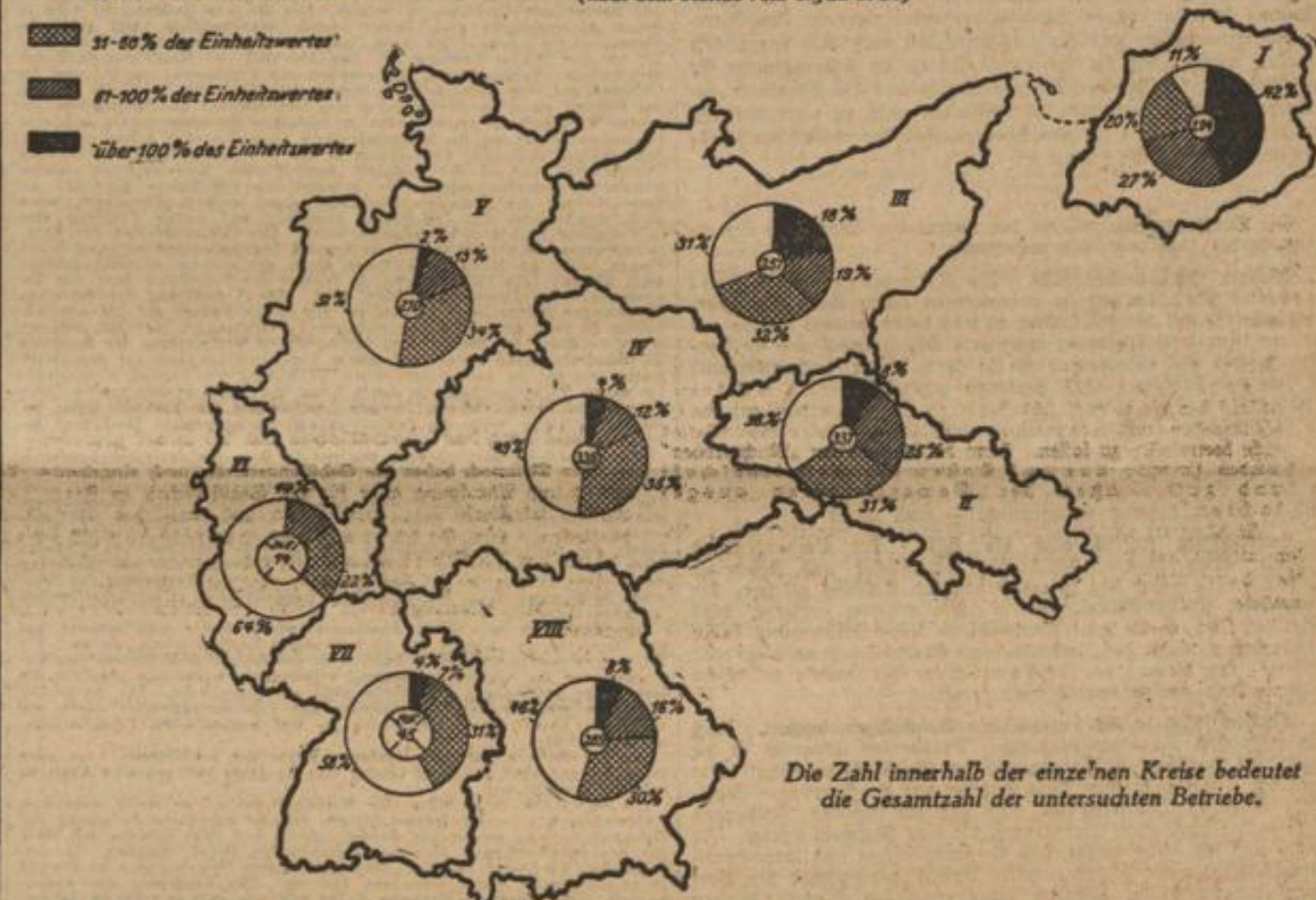
Verdient wurde ordentlich.

Die sicher vorgenommenen Rückstellungen nicht eingerechnet, ist die Gesamteinnahme von 124,5 auf 129,1 Millionen erhöht. Die Handlungsunkosten sind um 3,30 auf 83,74 Millionen, die Steuern von 11,46 auf 13,23 Millionen gestiegen, wobei es auffällt, daß die Steuererhöhung im Verhältnis etwa zur Diskontogestaltung bedeutend geringer ist. Unter diesen Steuern erscheinen übrigens die Dawes-Belastung, Lohnsummensteuer, Umsatzsteuer, Arbeitslosenversicherung und Hauszinssteuer mit großen Beträgen. Als Reingewinn ergibt sich für die Öffentlichkeit mit 23,58 Millionen gegenüber dem Vorjahr ein um nur wenig kleinerer Betrag, aus dem 10 Proz. Dividende an die Aktionäre entfallen. Der Reingewinn ist aber groß genug, um auf den Grundbesitz noch 1,5 Millionen besonders abzuschreiben und vor allem, was keineswegs nötig wäre, die vollen 3,22 Millionen Kursdifferenz aus der Amerikanleihe zu tilgen.

Die Agrarkrise.

Krise nur für ostelbischen Großgrundbesitz. / Gutachten des Enquete-Ausschusses.

Verschuldungsverhältnisse in der deutschen Landwirtschaft nach Buchführungsergebnissen von 1762 Betrieben (nach dem Stande vom 1. Juli 1926)



Die Zahl innerhalb der einzelnen Kreise bedeutet die Gesamtzahl der untersuchten Betriebe.

Seit Monaten wird die Öffentlichkeit durch Alarmnachrichten über einen drohenden Zusammenbruch der deutschen Landwirtschaft in Atem gehalten. In der Tat ist eine Reihe von Betrieben, in erster Linie ostelbische Großbetriebe, in den letzten Jahren dank der Unfähigkeit ihrer Betriebsleiter und dem völligen Versagen der Landbundsleitung in Schwierigkeiten geraten. Der Landbund sucht jedoch seine Schuld auf die wirtschaftlichen Verhältnisse abzuwälzen und aus der Notlage einzelner Betriebe eine zwangsläufige Ueberschuldung der gesamten deutschen Landwirtschaft zu konstruieren. Wir und alle objektiven landwirtschaftlichen Sachverständigen sind von Anfang an dieser bewußten Irreführung entgegengetreten. Es ist erfreulich, daß gerade jetzt, wo der Reichstag über Schielers Notprogramm zu entscheiden hat, vom Enquete-Ausschuß ein mit reichem Zahlenmaterial belegtes Gutachten über die landwirtschaftliche Verschuldung der Öffentlichkeit übergeben wird, in dem unsere Auffassung, daß der überwiegende Teil der Landwirtschaft gesund und in keiner Weise bedroht ist, daß sich aber über dem ostelbischen Großgrundbesitz ein schweres Unwetter zusammenzieht, bestätigt wird. Dieses Gutachten, das in erster Linie von Sering und dem Genossen Waade verfaßt wurde, hat um so größere Bedeutung, als selbst Landbundsleiter wie Baron v. Nitzhofen, Graf Kayserlingk und Herr v. Dewitz sich der Beweislast der Feststellungen nicht entziehen konnten und das Gutachten mitunterzeichnet haben.

Auf der deutschen Landwirtschaft liegt eine Schuldenlast von 10 bis 11 Milliarden Mark, davon 3 bis 4 Milliarden Aufwertungs-schulden. Diese Schuldenlast verteilt sich jedoch keineswegs gleichmäßig. Vielmehr ist die ostelbische Landwirtschaft im Verhältnis zum Bodenwert unvergleichlich viel höher verschuldet als die westelbische Landwirtschaft. Außerordentlich klar treten diese tiefsten strukturellen Unterschiede der landwirtschaftlichen Verschuldung in dem obenstehenden graphischen Bild zutage. Von 1762 buchführenden Betrieben wurde in den verschiedenen deutschen Wirtschaftsgebieten die Verschuldung in Beziehung zu dem steuerlichen Einheitswert gesetzt, also zu einem Wert, zu dem sich die Landwirtschaft vor einem Jahr selbst eingeschätzt hat und der für das ganze Reich einheitlich festgelegt wurde. Es zeigt sich hier, daß in West- und Süddeutschland nur ein ganz geringer Teil der erfassten Betriebe mit mehr als 100 Proz. des Einheitswertes verschuldet ist. Fast in allen Gebieten ist die Hälfte oder mehr als die Hälfte der Betriebe nur bis zu 30 Proz. des Einheitswertes, also niedrig und ein Drittel von 30—60 Proz. des Einheitswertes, also mittelhoch verschuldet. Der Rest der Betriebe ist in der Verschuldungskategorie von 60—100 Proz. zu finden. Von einer durch hohe Verschuldung oder gar Ueberverschuldung eingetretenen Notlage kann demnach im Westen keine Rede sein. Ganz anders im Osten. Schließen hat noch eine relativ geringe Zahl überschuldeter Betriebe aufzuweisen, dagegen eine größere Zahl mäßig und hoch verschul-

NUR 6 PREISLAGEN

12.50 15.50 18.50 21. 24. 27.

aber unzählige schöne Formen, hervorragend in Passform und Verarbeitung.

SALAMANDER



Wenn es Abend wird.

Von Ossip Dymow.

Wenn es Abend wird, schweigt das eiserne New York. Alle Kontore und Bureaus schließen, alle Behörden und Amtsstuben, Fabriken und Arbeitsstätten verstummen. Räder und Hebel und stählerne Kolben stehen still. Die Straßen der Fabriken, das lebende Fleisch der Werkstätten und Betriebe, wird von Hoch- und Untergrundbahnzügen nach Hause geschafft.

Das eiserne New York hüllt sich in die Mäste elektrischer Lustigkeit. Die Hauptarterie der Stadt, die Aorta Americas — den gewaltigen Broadway — überfluten Lichtströme. Tausende von elektrischen Reklameschriften, Anpreisungen aller Art und Gattung, vergebend solche Massen von künstlichem Licht, daß man für die Kosten die Existenz von Zehntausenden von Familien sicherstellen könnte.

Das eiserne New York ruht aus, erholt sich, will sich belustigen und vergnügen.

Am Laufe des Tages hat es sich sattgefressen, nun verdaut es das Nachtmahl und bietet seinem Organismus scharfe Würze an. Die Theater aller Geschmacksrichtungen sind überfüllt; überall klingt Musik durch die Luft; es stampft und wirbelt der Tanz. Heiß und sorglos genießt die Stadt, dieser Menschenfresser, ihren Feierabend. Eine Stroßendirne hastet wohl hier und da die Straße entlang; im dunklen Winkel einer städtischen Partonlogie müht sich zähnelappend ein uncastrierter Strich, auf kalter Bank Schlaf zu finden.

Wenn es 11 Uhr ist, beginnt vor den Portalen der Theater ein buntes, fröhliches Treiben. Hunderte von Automobilen prusten daher, schnelle Frauen und steife Männer nehmen Platz in ihnen und fahren nach allen Seiten davon. Bald sind auch die Bogen der Stadtbahnen überfüllt; es kommt Leben in Cafés und Restaurants.

Es wird Nacht.

Die schweigsame Nacht der großen Stadt bricht an. Sie ist nicht still, die Nacht — nur schweigsam. Oben eine Decke von Zufriedenheit und Ruhe — unten ohnmächtiges Zähnelirren. Die Straßen blendet die Augen mit ihren blauen künstlichen Lichtern — aber ihre Spalten und geheimen Schlupfwinkel sind fürchterlich in ihrem Dürre.

Doch sorgt das ganze Lebenssystem der Stadt dafür, daß die Bewohner der Spalten nicht in die reichen und vornehmen Straßen eindringen. Zwei Welten existieren nebeneinander, über- und untereinander — aber sie kommen nicht zusammen: die Welt satter Zufriedenheit, in der die Menschen fröhlich sind und lustig, wenn der Abend kommt — und die Welt der niedergehaltenen Armut, die mit den Zähnen knirscht — wenn es Abend wird.

Und Gefängnis und Polizeidiener und Hunderte von Mißlingen achten darauf, daß die blitzende schwarze Unterwelt nicht in die Oberwelt eindringt, in die satten Welt, in der hunte elektrische Sonnen glänzen.

Aber einmal war ich dabei, wie das doch geschah: ein Abgesandter der Unterwelt brach in die Oberwelt ein. Er zerfahretete alle Hindernisse mit seinem vor Hunger sinnlosen Kopfe, er zerbrach die unzerstörbare steinerne Scheidewand. Und was sofort bestraft wurde.

In einem Bogen der Untergrundbahn fuhr ich in der dritten Nachstunde heim. Durchgehende Säge verdrehten nicht mehr, und jeder Zug hielt träge auf jeder Station. Von den späten Jahrgängen waren viele eingeknickt, mit Gesichtern wie Schwertrank. Manche hielten schon die Morgenzeitung in der Hand. Sie alle wollten nur so schnell wie möglich nach Hause kommen.

An der 110. Straße hielt der Zug. Ein paar Leute stiegen ein, andere stiegen aus. Der Schaffner wollte gerade die Tür zumerken, als plötzlich ein langer dürrer Mensch in den Bogen sprang. Hinter ihm hörte man aufgerregtes Getöse. Der Mann an der Kasse schrie laut und gestikuliert lebhaft. Aber die Tür wurde zugeworfen — der Zug setzte sich in Bewegung.

Es war ganz klar, um was es sich handelte: der dürre lange Mensch war ohne Fahrkarte durch die Sperre gelaufen; er wollte oder konnte die fünf Cents nicht bezahlen. Vielleicht war sein Weg so weit, daß er ihn nicht zu Fuß machen konnte. Vielleicht war er auch ein gerissener Bump, der die Bahn nicht zum ersten Male um die fünf Cents betrog. Jedenfalls war er also ein Verbrecher.

Ich betrachtete ihn. Er sah in eine Ecke gedrückt, den Kopf gesenkt, und schaute nicht rechts, nicht links. Aussehen tat er wie ein typischer Begabund, unraffiert, mit hungrigen, eingefallenen Backen, in abgerissener Kleidung, mit gesticktem Schuhwerk. Doch konnte er ebenso gut auch ein Arbeiter sein, der seinen Verdienst verloren hatte und lecht in sein dunkles Loch zu seiner hungrigen Familie Heimstrebte.

Drei Schaffner, aus verschiedenen Wagen, traten zusammen, lästerten, schielten flüsternd nach dem Verbrecher hin, grinsten und machten Miße. Als der Zug an der 116. Straße hielt, stürzten sie alle drei auf den Fahrgast ohne Billett und stießen ihn nach der Ausgangstür. Der Mann wedelte sich wütend und klammerte sich stumm an die Metallriffe des Wagens an. Sie schlugen ihn auf die Finger und zerrieten ihn weiter. Er war schon bei der Kagentür, leistete aber immer noch mit erstaunlicher Kraft Widerstand, wie ein gereiztes hungriges Tier. Die Schaffner stießen ihn auf den Bahnsteig, die Tür stog platt zu. Der Fahrgast plitt aus, stürzte in den freien Raum zwischen zwei Wagen, wurde im Handumdrehen jermalm und war auf der Stelle tot.

Der Zug laufe weiter. . . . Und doch — dieser Mensch hatte den Durchbruch erzwungen; mit dem Kopf hatte er die steinerne Scheidewand durchdrannt und war da eingedrungen, wo er nicht sein durfte — denn er besaß keine fünf Cents! Nur drei Minuten hatte er in dieser für ihn verbotenen Welt gelebt — von der 110. bis zur 116. Straße — aber er hatte doch in ihr gelebt! Bis er für seine Dreißigkeit mit dem Tode bestraft wurde.

Aber dann schob sich die Brestche, die der Kopf des Toten gelagert hatte, wieder zu, und die steinerne, unzerstörbare Scheidewand zwischen den zwei Welten der Stadt war wieder hergestellt — fest, hart und starr, wieder einmal gefärbt mit dem frischen Blute eines Phantasten. . . .

(Deutsch von Erich Reizner.)

Der Roman des Justizmordes.

Jacob Wassermann: Der Fall Maurizius.

Es ist leicht erkennbar, aber auch ziemlich bedeutungslos, daß zum „Fall Maurizius“ der Fall Hau-Mollitor Modell gestanden hat. Die Beziehungen zwischen Roman und Wirklichkeit sind nicht ausschlagreich als zwischen Modell und Kunstwert im allgemeinen. Indem Wassermann die Tragödie eines unschuldig Verurteilten und achtzehn Jahr im Zuchthaus Schmachtenden nach eigenen künstlerischen Gegebenheiten gestaltet, geht er dem Appell an billige Sensationslust vorbedacht aus dem Wege.

Das Thema des Falles Maurizius lautet: Kampf zwischen kaltem Paragraphengeist und lodernem Gerechtigkeitsgefühl. Vater gegen Sohn spielt sich dieser Konflikt ab. Und wenn Oberstaatsanwalt Andergast, als Vertreter gefühlloser Staatsmoral, am Schluß des Buches seinem Sohn Egel zuruft: „Daß ab von der Vorstellung, daß Gerechtigkeit und Justiz ein und dasselbe sind oder zu sein haben!“, so bekennt er damit den Bankrott seiner unmenschlichen Weltanschauung.

Er, der Oberstaatsanwalt, verkörpert in seinem Wesen den absolut gefühllosen Juristenscharfmann, die starre Befehlsanweisung, die das Interesse des Staatsganzen über Rechte und Leiden des einzelnen stellt. Steht? Wohl nur zu stellen vorgibt! Das angeblühete Staatsganze, von dessen Interessen der Oberstaatsanwalt Andergast befehlen ist, so sehr befehlen daß seine Person menschlich kaum noch glaubhaft erscheint, dieses Staatsganze ist doch wesentlichensinnlich mit dem alten Obrigkeitstaate. Nur dieses Staatssystem kann sich zu dem verbrecherischen Satz bekennen, daß es im Interesse des Ansehens und der Autorität der Justiz besser sei, einen achtzehn Jahr alten Fall nicht wieder aufzurühren, als die Ehre des unschuldig Verurteilten, dessen Unschuld man kennt, wiederherzustellen.

Es ist das verdiente Schicksal des Oberstaatsanwalts, an der Ueberspannung seines Autoritätsideals zugrunde zu gehen. Der Fall Maurizius wird sein Glück und sein Verhängnis. Das scharfsinnige Plädoyer, der glänzend konstruierte Schuldbeweis, mit dem vor achtzehn Jahren Staatsanwalt Andergast den unschuldigen Maurizius auf Lebenszeit ins Zuchthaus brachte, hat den Grundstein zu seiner Beamtenkarriere gelegt und ihm die Ehe ermöglicht. Aber der Fall Maurizius zerstört auch diese Ehe, er entfremdet dem Staatsanwalt den einzigen Sohn, der aus unerklärlichem Instinkt heraus zum Rächer der Unschuld aufwächst. Er, der junge Held, der Knabe Egel — viel zu heldenhaft, viel zu gereift, um als Sechzehnjähriger glaubhaft zu sein — spürt den einzigen Augen der Tat auf und entreißt ihm das Geständnis des Meineids. Zu spät freilich, um dem durch 18-jährige Zuchthaushaft zermürbten Maurizius noch helfen zu können. Dieser geht, vom Vater Oberstaatsanwalt zur Vermeidung der herandräuenden Katastrophe unter der Auflage des Schweigens in Freiheit gesetzt, an dieser in kürzester Zeit zugrunde, wie dies bekanntlich auch das Schicksal des Hau gewesen ist. Und der Sohn kann, angeekelt, dem Vater

nur noch entgegenschleudern: „Ich will nicht mehr dein Sohn sein!“

Es bleibt ein wunderbares, bis in die letzten Kernenspannendes Spiel, wie uns der Dichter Wassermann von verschiedenen Seiten an den Fall Maurizius heranzuführt, wie wir schrittweise in die Probleme dieses Nordjalles eindringen, die erst gelöst sind, wenn wir die Charaktere der vier in die Tragödie verstrickten Personen bis ins Letzte erfährt haben. Hier ist dichterisch intuitiv vorausgesehen, was uns der Fall Kranz-Scheller gelehrt hat: daß nämlich eine menschliche Tragödie mit den Augen dessen betrachtet, der sie versteht und begreifen will, ganz anders aussieht, als gesehen durch die Brille eines Staatsanwalts, der nach einem „Schuldigen“ um jeden Preis, im Sinne irgendeines Strafgesetzbuches sucht.

Doch auf die wertvollste Partie des fast 600 Seiten umfassenden Romans stoßen wir erst, wenn wir in das Zuchthaus Kressa eingeführt werden und das „Leben“ der lebendig Begrabenen sich auf: Wirklichkeit, bis in ihre tiefsten Tiefen von Dichteraugen durchschaut. Gleiten dann die einzelnen Stadien einer 18-jährigen Zuchthaushaft an uns vorbei, so vergessen wir, daß wir die Tragödie des unschuldig Verurteilten vor uns haben. Wir sehen nur noch den Verurteilten schlechthin, forschen nicht mehr nach Schuld oder Unschuld, sondern empfinden im tiefsten die Weisheit des im Zuchthaus ergrauten und gütig gewordenen Wärters Kriakusch, der da fragt: „Was ist das eigentlich, ein Verbrecher?“ Und wir gelangen mit ihm zur Erkenntnis: „Der Mensch darf nicht über den Menschen urteilen. . . . Wer straft, der lügt sich seine eigene Sünde weg.“ Und wir empfinden die letzte Beurteilung des heutigen Strafsystems, die sich in der Frage zusammenballt: „Ist denn eine Tat der Mensch?“ Antwort: „Eine Tat ist nicht der Mensch, und darin liegt der ganze Irrtum.“

Wassermann bleibt in Still und Empfindung auf dem Boden bürgerlicher Literatur. Nur ungern geht er über die Grenze des Einzelalles hinaus. Er sieht nur in seelische, nicht in soziale Hintergründe. Sein Held Egel wendet sich entrüstet ab, als ein Verurteilter Selbstschmerz für den Spezialfall Maurizius widerlegen will durch Aufzählung alles Millionenunrechtes seit Erschaffung der Welt. Für Egel ist Gerechtigkeit das schlechthin Göttliche, das sich ihm in dem einen Fall Maurizius offenbart hat. Weiter und tiefer läßt ihn keine von Grund aus aristokratische Natur nicht kommen. Wir sehen anders, wir sehen hinter dem Einzelunrecht das soziale Unrecht, wir erkennen gefährlichere Unrechtsquellen als nur den Begriff einer kalten und sich überlebenden Staatsmoral. Dennoch: Alle Kämpfer für Recht verbündet eine Verwandtschaft des Gefühls, wir begrüßen diesen tapferen und aufrichtigen Roman als ein Buch, von dessen Inhalt wir sagen dürfen: Es geht dich und mich, es geht uns alle an. Erich Kuttner.

„Tote“ Zone im Stillen Ozean.

Das Geheimnis des „Archihofes im Pazifik“, wo Duhende von Schiffen an den Felsen scheiterten, scheint endlich gelöst zu sein. Nachdem sie die Berichte so mancher Kapitäne nachgeprüft, kam die Wissenschaft zu der Ueberzeugung, daß eine „Tote Zone“ um die Südspitze der Vancouver-Insel lagert und die Race-Felsen zu einem für die Schifffahrt gefährlichen Ort macht. Kein noch so mächtiges Rebellhorn ist stark genug, in der toten Zone gefangene Schiffe zu warnen, und nur ein völliger Wechsel der bestehenden Leuchturme könnte dem Uebel abhelfen.

Diese seltsame Erscheinung wurde bereits vor vielen Jahren vermutet. Kapitäne, die auf der Fahrt nach den Vereinigten Staaten in die Juan-de-Fuca-Straße einliefen, hörten in diesen Stellen nicht einen Ton von den mächtigen Streifen des Race-Felsen-Leuchturmes, obwohl ihr Varn an anderen, gar nicht weit entfernten Stellen, ohrenbetäubend war. Auch Seeleute, die in der Nähe der Race-Felsen scheiterten, wollten keine Warnung von der Küste gehört haben.

Nach Untersuchung der Berichte kamen Fachgelehrte zu dem Schluß, daß Wind und Wind zeitweise um den Race-Felsen eine Zone „toter Luft“ erzeugen, die keinen Schall leitet. Einmal in diese Zone eingefahren, ist ein Schiff anscheinend von äußeren Geräuschen abgedrückt. Man nimmt an, daß die „tote Zone“ unter dem Einfluß wechselnder Ebbe, sowie Ebbe und Flut, sich in einem Umkreise vieler Meilen verzieht.

In einem Falle konnten Forscher auf einem kleinen Schlepper die Gestalten der Leuchturmwärter an den Race-Felsen auf einige hundert Meter Entfernung sehen, und doch war es ihnen nicht möglich, die dröhnenden Signale zu hören, die an anderen Stellen meilenweit deutlich zu vernahmen waren. Das Wasser war zu dieser Zeit völlig klar, wodurch bewiesen wird, daß etwaige Nebel nichts mit dieser rätselhaften Erscheinung zu tun haben.

Die Erfahrungen des Funkpruches haben längst ergeben, daß sich auf See gleichfalls Zonen finden, die für elektrische Wellen tot sind. Das heißt, die elektrischen Wellen weichen von ihrem gewöhnlichen Verhalten so sehr ab, daß die drahtlose Telegraphie nicht möglich ist.

So gibt er wider Erwarten doch immer wieder Dinge zwischen Himmel und Erde, von denen sich unsere Weisheit nichts träumen läßt.

H. Hesse-Kew York.

In zehn Jahren kein Ausfall mehr!

Nach der Behauptung englischer Blätter hat die Sepra oder der Ausfall, der zu den gefährlichsten aller Krankheiten zählt, seinen Schrecken verloren. Englische Gelehrte haben nach sechsjähriger Forschung aus dem Samen des Hydnocarpusbaums ein Öl gewonnen, das ein unfehlbares Mittel gegen die Krankheit darstellen soll. Der Hydnocarpus ist ein in Ostasien heimischer Baum, dessen Samenöl in China schon seit langer Zeit zur Behandlung von Krätze

und Ausfall verwannt wird. Nach der Behauptung der englischen Forscher wird es gelingen, in fünf Jahren die Zahl der Befallenen auf ein Minimum herabzudrücken, und man gibt sich der Hoffnung hin, daß in zehn Jahren die gefährlichste Krankheit überhaupt ausgerottet sein wird. Zu dem Zweck sollen in allen Teilen des britischen Imperiums Stationen für die Ausfallbehandlung mit Hydnocarpusöl eingerichtet werden. S. Rogers, der Leiter der indischen Untersuchungsstation für Leprosforschung und Dozent an der Londoner Schule für Tropenmedizin, hat sich eingehend über die Entdeckung geäußert: „Es gibt ungefähr vier Millionen Befallene in der Welt.“ erklärte er, „und von diesen werden im britischen Reich mindestens 416 000 gezählt. Die ostindischen Kolonien allein beherbergen 150 000 Kranke. In Großbritannien selbst mögen 100 Fälle vorhanden sein, die aber dank dem günstigeren Klima und den hygienischen Verhältnissen keine Ansteckungsgefahr bieten. Wir haben bereits in Uganda tausend Kranke mit Hydnocarpusöl behandelt und dabei festgestellt können, daß wir heute in der Lage sind, die Krankheit schon im Anfangsstadium sicher als solche zu erkennen und Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen, um ihren ansteckenden Charakter aufzuheben. Die Eingeborenen kommen deshalb auch in großer Zahl zu den Mitteln vererbenden Missionaren, so daß wir in Nigeria heute bereits 840 Kranke in Behandlung haben. Nach vor zehn Jahren konnten wir nichts weiter tun, als die Kranken abzuwandern, was für sie eine lebenslängliche Abschließung von der Welt bedeutete. Die Folge dieser Maßnahme war, daß uns nur Fälle in weit vorgeschrittenem Zustand zur Kenntnis kamen. Heute, wo es uns möglich ist, die Kranken zu Hause zu behandeln, melden sich die Patienten schon beim ersten Anzeichen der Krankheit. Sobald ein Fall gemeldet wird, kontrollieren wir fünf Jahre lang in Abständen von sechs Monaten sämtliche Mitglieder der Familie. Dadurch sind wir in der Lage, 80 Proz. aller Fälle schon im Anfangsstadium, bevor sie in die Phase der Infektion eintreten, zu behandeln. Wir dürfen überzeugt sein, daß wir in zehn Jahren den Krankheitsherd vernichtet haben werden.“

Moloch Auto.

In den letzten Jahren sind immer wieder Deputationen deutscher Städte nach Amerika gereist um die angeblich so vorbildliche Verkehrsregelung jenseits des Ozeans zu studieren und sie nach der Alten Welt zu verpflanzen. Sei dem wie es wolle — mag das Bild amerikanischer Verkehrsordnung noch so glänzend sein, so fehlen ihm doch die dunklen Schatten nicht. Aus der Statistik, die soden veröffentlicht wird, geht hervor, daß im Laufe der letzten fünf Jahre 100 000 Personen durch Automobilmisfälle getötet worden sind. Unter diesen beklagenswerten Opfern befinden sich 30 000 Kinder. Die Zahl der Schwerver- und Leichter Verletzten ist nicht genau angegeben — man schätzt sie an maßgebender Stelle auf mehrere Millionen. Diesen Ziffern entsprechen die der Versicherungsgesellschaften die sich ausschließlich mit Autounfällen befassen; die Zahl der tausenden Prozesse um Entschädigungsforderungen ist Begleit.

Nicht Panzerkreuzer — gute Politik!

Ministerpräsident Dr. Braun verteidigt Preußens Staatspolitik.

In der gestrigen Landtagssitzung hielt Ministerpräsident Genosse Dr. Braun eine Rede, die zum Teil schon in der Spätausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht wurde. Genosse Dr. Braun führte aus:

Meine Darlegung im Hauptauschuss, daß wir wohl berechnigt sind, unsere Küstungen bis zur Grenze des Versailler Vertrages auszubauen, daß wir aber nicht verpflichtet sind, dies in allen Einzelheiten auch zu tun, ist von dem deutschnationalen Vorkredner als eine unerhörte Stellungnahme erklärt worden. Ich befinde mich dabei aber in einer sehr guten Gesellschaft, und zwar in der der Reichsregierung. Auch diese steht auf dem Standpunkt, daß sie nicht alles das auszuführen braucht, was zu unserer angeblichen Wehrhaftmachung uns ausgerechnet der Versailler Vertrag erlaubt. U. a. wird uns ja im Versailler Vertrag in bezug auf die Seerüstungen auch der Bau von zwölf Torpedobooten zu 800 Tonnen und von weiteren zwölf Torpedobooten zu 200 Tonnen vorgeschrieben. Die Reichsregierung hat aber erklärt, sie werde diese zwölf Torpedobooten nicht bauen, weil sie unzuverlässig sind. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Sie (zu den Deutschnationalen) geben aber sehr wohl auch zu, daß es nicht ein „unerhörter Standpunkt“ ist, wenn man der Meinung ist, daß wir nur bauen, was auch wirklich zweckmäßig ist.

Was die Frage angeht, ob es „zweckmäßig“ ist, ein Panzerschiff in der Größe von 10 000 Tonnen zu bauen, so befindet sich die preussische Staatsregierung mit ihrer Teilnahme dieser Frage auch mit den Sachverständigen der Marineleitung in Uebereinstimmung.

Nach vor zwei Jahren nämlich gingen wir durchaus konform in der Beurteilung gerade dieser Angelegenheit mit der Marineleitung. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Nach vor zwei Jahren hat der Chef des Admiralstabs im Haushaltsausschuss des Reichstages erklärt, die Marineleitung stehe auf dem Standpunkt, daß der Bau von Panzerschiffen zu 10 000 Tonnen völlig unzuweckmäßig sei gegenüber den erheblich größeren Panzerschiffen der anderen Seemächte. (Erneutes Hört! hört! links.) Uebrigens kann ich mich bezüglich der militärischen Sachverständigen nicht auf den Standpunkt stellen, daß unter allen Umständen ihre Auffassung von dem verantwortlichen Politiker mit einer gewissen Frommheit akzeptiert werden muß. (Sehr gut! links.) Wenn die Zivilverwaltung während des Krieges etwas mehr Courage gehabt hätte gegenüber dem „Geiste der Militärverwaltung“, dessen Intelligenz sich schon jetzt in einer merkwürdigen Weise bei Herrn Lubendorf äußert (Sehr gut! und lebhaftes Zustimmung links), dann wäre uns gewiß manches erspart geblieben. (Erneutes Sehr richtig! links.) Daß auch jetzt noch durchaus die Auffassung berechtigt ist, man dürfe nicht ohne weiteres alles blättern, was die Militärs als notwendig fordern, hat kürzlich sogar Generaloberst v. Seeckt, der bisherige Generalstabschef, in einem Artikel zum Ausdruck gebracht.

Wenn wir die obfolgende Beantwortung haben, die auch der General v. Seeckt für den Staatsmann und Politiker jagt, dann müssen wir auch das Recht für uns in Anspruch nehmen, über die Zweckmäßigkeit von Forderungen zu entscheiden. (Lebhaftes Zustimmung links.)

Ich möchte noch darauf hinweisen, wie notwendig dies ist, nachdem sogar der jetzige neue Herr Reichswehrminister im Reichstags-Haushaltsausschuss ganz offen erklärt hat: „Ich will hier das ehrliche Geständnis ablegen, daß ich unsere Flottenpolitik vor dem Kriege für einen Fehler gehalten habe!“ Wer dieser Auffassung vor dem Kriege Ausdruck gegeben haben würde, wäre von Ihnen (zu den Deutschnationalen) als Bundesverräter gedankt worden. (Lebhaftes Zustimmung links.) Sie sehen daraus, daß der Politiker auf keinen Fall seiner Verantwortung vor der Geschichte entgehen wird. Von diesem Standpunkt aus hat die preussische Staatsregierung geglaubt, sich gegen die Festsetzung der ersten Rate für ein Panzerschiff auszusprechen zu müssen.

Es ist ja dabei mit den 9 Millionen, die zunächst angefordert wurden, nicht getan. Das Schiff kostet 50 Millionen anfangsgemäß. Man muß damit rechnen, daß in den kommenden Jahren sehr viel größere Bauanteile in den Etat eingelegt werden müssen. Weiter hat der Reichswehrminister im Reichstagsauschuss erklärt,

daß es nicht bei diesem einen Schiffe verbleiben könne, sondern daß es sich um eine Serie von vier Schiffen handelt, die zusammen nach den einstweiligen Schätzungen 320 Millionen Mark kosten würden. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Im Hinblick auf den Ernst der finanziellen Lage, der sich besonders in den nächsten Jahren mit ihren immer mehr ansteigenden Dames-Leistungen zu ergeben droht, hat die preussische Staatsregierung die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit solcher Bauten im jetzigen Augenblick verneint. Dabei spielte noch die Erwägung eine Rolle, daß die ehemaligen deutschen Kriegsgegner ganz bewußt im Versailler Vertrag ihre Bestimmungen so getroffen haben, daß uns ein wirklich kriegswirksames Wehrinstrument gar nicht mehr zu Gebote steht. Deshalb hat man uns im Versailler Vertrag z. B. verboten, militärische Flugzeuge zu bauen oder Unterseeboote und hat uns lediglich den Bau von Schiffstypen vorgeschrieben, die eben als wirkliches modernes Kriegsmittel nicht angesehen werden können.

Ist es nun zweckmäßig, so unmittelfame und unbrauchbare Möglichkeiten des Versailler Vertrages bis zum letzten Worte auszuschöpfen, oder sollte man nicht lieber die dafür aufzubewahrenden erheblichen Mittel für andere Zwecke ausgeben? (Lebhaftes Zustimmung links.) Sollte man nicht lieber das Schwergewicht unserer Außenpolitik nicht auf solche Machtinstrumente, sondern auf eine mehrfache Nation auf Recht und Verständigung legen? (Sehr richtig! links! fürmliche Gegenumgebungen bei der D. Bp. und den Deut. Rufe links: Stresemann!)

Meine Herren Deutschnationalen, ich verstehe Ihre Aufregung nicht. Ihre Partei hat sich doch im Reichstag auf den Standpunkt der Richtlinien gestellt, die im Sinne der Außenpolitik Dr. Stresemanns eine Verständigung gerade erstreben. Was nun die Auffassung angeht, daß das Panzerschiff für den Küstenschutz gegen Blockaden notwendig sei, so ist doch merkwürdig, daß im Reichsrat gerade auch die Vertreter von Hamburg und Lübeck, die am ehesten wegen einer Blockade beunruhigt sein müßten, gegen dieses Panzerschiff stimmten. Weiter wurde gesagt, der Weg nach Ostpreußen müßte durch das Panzerschiff freigehalten werden. Glauben Sie (zu den Deut.) wirklich, daß in einem Kriegsfalle, den ich noch gar nicht einmal tonigere, mit den vier Panzerschiffen der Weg nach Ostpreußen versperrt werden könnte, während doch die Gegner, die dafür in erster Linie in Frage kommen, über zahlreiche Unterseeboote verfügen?

Wenn wir Ostpreußen helfen wollen gegen die slawische Flut, die an seinen Grenzen brandet, dann müssen wir in erster Linie den wirtschaftlichen Deut mildern, unter dem diese Grenzprovinz leidet (Sehr wahr! links), anstatt viele Millionen für Panzerkreuzer auszugeben, die nicht den geringsten Schutz bieten und nur die wirtschaftliche Situation durch das Fehlen der für sie benötigten Mittel verschlimmern würden.

Auch die Arbeitslosigkeit läßt sich nicht mit so unproduktivem Ausgaben bekämpfen. Wir sind aber gerade bereit, zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit dadurch beizutragen, daß wir Mittel für produktive Zwecke bereitstellen.

Ich erkläre nochmals, daß ich den Bau des Panzerschiffes für unproduktiv halte, umso mehr, als uns erhebliche Mittel für produktive Ausgaben, sowohl im preussischen Staatshaushalt wie auch im Reichsetat fehlen. (Lebhaftes Zustimmung links.)

Die Preussische Staatsregierung hat in dieser Frage auch nicht etwa der Reichsregierung Schwierigkeiten machen wollen, sondern hat sich in allen Nachkriegsjahren von dem Bestreben leiten lassen, der Reichsregierung nicht das Leben schwer zu machen. Sie hat sehr oft die Reichsinteressen als die übergeordneten vor die Bundesinteressen gesetzt. Das ist auch von den verchiedensten Reichsregierungen anerkannt worden. Selbst der Herr Reichskanzler Marx hat, als er einige Zeit hindurch Preussischer Ministerpräsident war, hier im Landtage erklärt, daß die Preussische Staatsregierung stets diese Haltung der Reichsregierung gegenüber eingenommen habe, daß sie dafür aber sehr schlecht von der Reichsregierung belohnt worden sei.

Der Ministerpräsident erklärte noch zur Frage der Ver-

waltungsreform, daß Preußen im Gegensatz zu dem gegenwärtigen Reichsministerium des Innern noch nie vorbestrebt sein werde, seine Verwaltung mit republikanischen Beamten zu erfüllen. Der Ministerpräsident ging noch auf die deutschnationalen Interpellation im Falle Bahlen ein und bezeichnete dieses Vorkommnis als das Musterbeispiel einer

Aufhebung in der Flagenfrage.

durch die immer wieder Anfrieden im Volke gestiftet werde. Bahlen habe es als Universitätsprofessor in Greifswald fertig gebracht, Studenten zu veranlassen, die Reichsfahne vom Universitätsgebäude herunterzureißen und habe diesen Akt mit den Worten begleitet: „Schwarz-Rot-Weiß muß herunter!“ Angesichts dieser ganz ungeheuerlichen Sachlage habe sich das Staatsministerium veranlaßt gesehen, das Urteil des Disziplinarhofes, das nur auf Straferhebung gelaufen habe, zu revidieren und auf Aufhebung zu erkennen. Unter stürmischem Beifall der Linken und der Mitte stellte der Ministerpräsident fest: „Wenn ein Beamter sich in dieser Weise gegen die verfassungsmäßigen Farben vergeht, ist kein Platz mehr für ihn in der preussischen Verwaltung!“

Den Justizrat Claf könne er nicht für so harmlos halten, wie er sich selbst vor dem Reichsgericht gegeben habe als er erklärt habe, er hätte ernsthaft geglaubt, daß auf legalem, verfassungsmäßigem Wege eine Diktatur errichtet werden könne.

Er, der Ministerpräsident, stelle noch heute mit Genugtuung fest, daß es richtig gewesen sei, daß die preussischen Behörden damals, als man Putschvorbereitungen erwartete, durch die Hausdurchsuchungen bei Claf und anderen eingegriffen haben und erklärte, daß auch in allen anderen Fällen die Preussische Regierung ebenso in Erfüllung ihrer Pflicht eingreifen werde. (Bravo! links und in der Mitte.)

Bei den Ueberfällen von Kollgardisten auf Angehörige rechtsgerichteter Verbände, über die die Deutschnationalen Klage führten, greife die preussische Polizei ebenso ein wie bei allen anderen gewalttätigen Ruhestörungen. Sie wird auch in Zukunft entschlossen und rückwärtslos gegen alle vorgehen, die von rechts oder links durch Ueberfälle auf Andersdenkende die Ordnung stören. Zum Schluß wandte sich der Ministerpräsident noch (stark) gegen die Ausführungen des Abg. Schlangge-Schönningen auf einer deutschnationalen Tagung, auf der dieser behauptet hatte, der deutsche Osten habe zwei Gegner, die Polen und die Preussische Regierung. Unter stürmischem Beifall der Koalitionsparteien bezeichnete der Ministerpräsident die Ausführungen als die denkbar schlimmsten (die Demagogie, die in den politischen Kampf hineingetragen werden könne). (Lebhaftes Beifall.)

In der fortgesetzten Aussprache erklärte dann Abg. Dr. Scherling (Z.): Nach dem Ausfall der letzten Wahlen gehört ein gewisser Mut dazu, mit Herrn Steinhoff die deutschnationalen Politik vor den Wählern zu vertreten. Die ist mir verstandene Loyalität, daß wir uns in Reihe mit rechts und in Preußen mit links koalieren haben, hat dazu beigetragen, gewisse Spannungen zu beseitigen und Konstruktionsfehler der Weimarer Verfassung zu mildern. Hoffentlich verbreitert sich nach den Wahlen die republikanische Basis der Regierung.

Abg. Dr. von Campe (D. Bp.): Wir werden uns politische Ausführungen für die dritte Lesung vorbehalten. Wir hoffen aber, daß unser im Ausschuss angelegte Antrag über die Entlastung von noch vom heute angenommen wird. Mit dem Ministerpräsidenten sind wir der Meinung, daß sich die Entlastung zum Einheitsstaat organisch vollziehen muß. In der Frage des preussischen Anspruchs auf den Verwaltungsrat der Reichsbahn ist das volle materielle Recht auf Seiten Preußens. Die Abkehrung des Panzerkreuzers durch Preußen bedauern wir. Die Angelegenheit ist nur militärisch zu entscheiden.

Ministerpräsident Dr. Braun:

Der Austausch von Ein- und Erlassen ist leichter gefordert als getan. Die Schwierigkeiten zeigen sich erst bei den Verhandlungen, und dieselben kommt bei der öffentlichen Erörterung in den beteilig-

Die Spannung

der 12000 Cordfäden,

aus denen ein Automobilreifen durchschnittlich besteht, muß so sorgfältig geregelt sein, daß alle Fäden genau gleichmäßig beansprucht werden. Ein lockerer Faden leistet keine Arbeit. Dafür müssen seine Nachbarfäden das Doppelte leisten; sie werden über Gebühr beansprucht und sterben vor der Zeit ab.

Da die gleichmäßige Spannung aller Cordfäden für die Tragfähigkeit des Gewebes und damit für die Lebensdauer des ganzen Reifens ausschlaggebend ist, erfolgt der Aufbau des „Continental-Reifens“ nach einem neuen Verfahren, das die Fadenspannung mit höchster Genauigkeit reguliert und für die volle Lebensdauer des Reifens sichert.

In das Innere eines Reifens können Sie nicht hineinschauen. Wollen Sie die Gewißheit haben, daß auch die innere Konstruktion dem gefälligen Äußeren entspricht, so wählen Sie den neuen Reifen

Continental

1928

Bellefierung nur durch Händler.



in Gebieten die Volkswirtschaft zum Schaden, als seien die heiligsten Güter der Nation in Gefahr. In der Frage des Panzerkreuzers bin ich nicht so militärisch wie Herr von Campe. Die Personalpolitik des alten Preußen wird am treffendsten illustriert durch das Protokoll einer Staatsministerkonferenz aus der Kriegszeit, in dem es heißt, man werde in diesen schweren Zeiten doch davon absehen müssen, nur konservative Herren auf entscheidende Posten zu setzen. (Hört, hört! links.)

Abg. Pöck (Komm.): Die Wahlen werden einen Linksrud bringen, aber es wäre eine Illusion, zu glauben, daß die Sozialdemokratie den Kampf gegen die Reaktion führt. Dem Proletariat kann nicht der Wahlkampf, sondern nur der revolutionäre Klassenkampf helfen. Wir werden die Massen solange aufpeitschen, bis die Diktatur des Proletariats aufgerichtet ist.

Abg. Kiedel (Dem.): Die Sicherung unserer Ostgrenzen kann nicht durch unzulängliche Panzerkreuzer, sondern nur durch großzügige Wirtschafts- und Kulturpolitik in den gefährdeten Gebieten erreicht werden. Hierin hat die Reichsregierung völlig versagt. Das Bergehen der Deutschnationalen, die die Landwirtschaft jetzt zu Lieferungs- und Steuerzwecken auffordern, grenzt an Hochverrat.

Abg. Labendort (Wirtsch. Bp.) polemisiert gegen die Staatsverwaltung, die viel zu groß und unwirtschaftlich sei, und fordert zur Wehrhaftmachung den Bau des Panzerkreuzers.

Abg. Wiegand (Wirtsch. Bp.): Nach der Beendigung der Redezeit durch den Verleser haben wir keine Veranlassung, auf die würdige

lofe Rede des Ministerpräsidenten zu antworten. (Rufe links: Völligste Freiheit! Vizepräsident Dr. Vorkamp rügt den Redner.)

Abg. Dr. Marecki (Dnat.): Das parlamentarische System hat die Staatsautorität untergraben und die republikanische Beamtenpolitik hat das Ansehen der gesamten Beamtenschaft herabgesetzt. Die Ablehnung des Panzerkreuzers durch Preußen ist eine bewußte Brüstung der Reichsregierung.

Ministerpräsident Dr. Brauns:

Ich protestiere auf das schärfste gegen die Behauptung des Abg. Marecki, daß das heutige Beamtentum gegenüber dem des alten Staates im Ansehen gesunken sei. Ich stelle fest, daß die heutige Beamtenschaft nach der Staatsumwälzung vor Aufgaben gestellt war, die das alte Beamtentum nicht kannte, und mit wenigen Ausnahmen hat die Beamtenschaft ihre schwere Pflicht erfüllt. (Beifall links und in der Mitte.) Ich bezeuge, daß meine Feststellung dem Herrn Abg. Marecki unannehmlich ist, gleichwohl wird es ihm nicht gelingen, die Tatsache aus der Welt zu schaffen — und das Protokoll wird das erhärten —, daß seine ganzen Ausführungen über das frühere und das jetzige Beamtentum lediglich zu dem Ergebnis führen, daß der Wert und demgemäß das Ansehen des heutigen Beamtentums derart ist, daß ein anständiger junger Mann nicht mehr hineingehört, daß es also dem alten Beamtentum gegenüber völlig unwertig sei. Dagegen habe ich protestiert und diesen Protest halte ich aufrecht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten und bei den Demokraten, Lärm bei den Deutschnationalen.)

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Es folgt die Be-

ratung der Einzelheit des Haushalts, in der Abg. Stoff (Komm.) den Dispositionsfonds der Staatsregierung als einen Fonds zur Bezahlung von Ephefen bezeichnet.

Ministerpräsident Brauns erklärt dazu, daß der Dispositionsfonds lediglich die Mittel enthalte, um bei goldenen Hochzeiten, bei 100. Geburtstagen usw. Geschenke von Seiten der Staatsregierung zu geben. Aus diesen Mitteln würde auch einmal Herr Stoff eine Porzellanvase bekommen, wenn er seinen 100. Geburtstag feiert, vorausgesetzt natürlich, daß er nicht vorher das ganze Porzellan zerstückelt. (Große Heiterkeit.)

Die Abstimmungen über die zum Etat gestellten Anträge finden am Donnerstag, dem 13. März, statt.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Mittwoch, den 14. März, mittags 12 Uhr. Tagesordnung: Zweite Lesung des Haushalts, des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Landgerichtsrat Gellin-Breslau wurde wegen öffentlicher Beleidigung des demokratischen Landtagsabgeordneten Herrmann zu 500 M. Geldstrafe oder für je 10 M. zu einem Tage Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde dem Beleidigten die Publikationsbefugnis in drei Breslauer Zeitungen zugesprochen. Der Staatsanwalt hatte gegen den Angeklagten 800 M. Geldstrafe beantragt.

Holung freigelassen. Der deutsche Ingenieur Max Hofung, der unter der Beschuldigung verhaftet worden war, Bombenattentate gegen Calles und Oregon vorbereitet zu haben, ist freigelassen worden, nachdem sich seine Unschuld erwiesen hat.

Ein Vergleich

Wie der Straubsauger durch bloßes Saugen den Staub entfernt, so zieht Suma durch seine wunderbare Sprudelwirkung schon beim Kochen allen Schmutz aus der Wäsche.

Das verdankt Suma neben seinem hohen Seifengehalt seiner ganz neuartigen Zusammensetzung. Es entwickelt beim Kochen einen lebendigen Strom von Seifenbläschen, die den Schmutz förmlich herauspülen. — Betrachten Sie die Lauge nach dem Kochen, und beachten Sie wie viel mehr Schmutz Suma aus der Wäsche herausgeholt hat als andere Waschmittel!

Suma macht Waschbrett und Bürste überflüssig und gibt ohne schädliche künstliche Bleichwirkung eine blütenreine Wäsche. — jedes Fädchen unversehrt!

SUNLICHT GES. MANNHEIM

Nach langem mit Gehilfen zusammen Sehen, verließ am Mittwoch, dem 7. März 1923, abends 1/3 Uhr, mein immligstgeliebter Mann, unser guter Vater und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Schiffsleger

Adolf John
im 67. Lebensjahr.
In tiefer Trauer
Frau Alma John
verwitwete Knappen und Kinder.
Berlin N 20, Nollstr. 41.

Die Einäschung findet am Donnerstag, dem 13. März, abends 6 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Im Alter von 67 Jahren verstarb am 7. März unter verebter Mitarbeit und Kühlung der Ehefrau, Tochter und Enkelkinder

Adolf John
Im jahrzehntelangen Zusammenarbeiten erwies sich der Verlebte als einer unserer besten in vorbildlicher Pflanzweise und Kollektivität erwarb er sich das Vertrauen und die Freundschaft seiner Mitarbeiter, als unermüdbler Helfer und Berater schenkte er sich ein dauerndes ständiges Aufsehen.

Berlin, den 9. März 1923.

Geschäftsleitung und Personal der Vorwärts-Buchdruckerei.
Einäschung: Dienstag, 13. März, 18 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße

Klasse 200, 475, 515, gebräunt, große Auswahl in neuem langjährige Garantie. Ober, Baumstraße 191, 1. Trepp, Rosenhauer Platz, Teilschlachtung.

Fahrräder

Teilschlachtung, Kleinauswahl Diamenträder, Edelräder, Triumpfräder, Ruffleräder, Württemberg, Mannpöcher, bischöfliche Rennmaschinen, englische, schnelllaufende Streckenrenner, festjährige Garantie, Kaufmannsleiter, Eisenbahn, Schrottrahmen, R., Reihräder 21, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200, 202, 204, 206, 208, 210, 212, 214, 216, 218, 220, 222, 224, 226, 228, 230, 232, 234, 236, 238, 240, 242, 244, 246, 248, 250, 252, 254, 256, 258, 260, 262, 264, 266, 268, 270, 272, 274, 276, 278, 280, 282, 284, 286, 288, 290, 292, 294, 296, 298, 300, 302, 304, 306, 308, 310, 312, 314, 316, 318, 320, 322, 324, 326, 328, 330, 332, 334, 336, 338, 340, 342, 344, 346, 348, 350, 352, 354, 356, 358, 360, 362, 364, 366, 368, 370, 372, 374, 376, 378, 380, 382, 384, 386, 388, 390, 392, 394, 396, 398, 400, 402, 404, 406, 408, 410, 412, 414, 416, 418, 420, 422, 424, 426, 428, 430, 432, 434, 436, 438, 440, 442, 444, 446, 448, 450, 452, 454, 456, 458, 460, 462, 464, 466, 468, 470, 472, 474, 476, 478, 480, 482, 484, 486, 488, 490, 492, 494, 496, 498, 500, 502, 504, 506, 508, 510, 512, 514, 516, 518, 520, 522, 524, 526, 528, 530, 532, 534, 536, 538, 540, 542, 544, 546, 548, 550, 552, 554, 556, 558, 560, 562, 564, 566, 568, 570, 572, 574, 576, 578, 580, 582, 584, 586, 588, 590, 592, 594, 596, 598, 600, 602, 604, 606, 608, 610, 612, 614, 616, 618, 620, 622, 624, 626, 628, 630, 632, 634, 636, 638, 640, 642, 644, 646, 648, 650, 652, 654, 656, 658, 660, 662, 664, 666, 668, 670, 672, 674, 676, 678, 680, 682, 684, 686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 714, 716, 718, 720, 722, 724, 726, 728, 730, 732, 734, 736, 738, 740, 742, 744, 746, 748, 750, 752, 754, 756, 758, 760, 762, 764, 766, 768, 770, 772, 774, 776, 778, 780, 782, 784, 786, 788, 790, 792, 794, 796, 798, 800, 802, 804, 806, 808, 810, 812, 814, 816, 818, 820, 822, 824, 826, 828, 830, 832, 834, 836, 838, 840, 842, 844, 846, 848, 850, 852, 854, 856, 858, 860, 862, 864, 866, 868, 870, 872, 874, 876, 878, 880, 882, 884, 886, 888, 890, 892, 894, 896, 898, 900, 902, 904, 906, 908, 910, 912, 914, 916, 918, 920, 922, 924, 926, 928, 930, 932, 934, 936, 938, 940, 942, 944, 946, 948, 950, 952, 954, 956, 958, 960, 962, 964, 966, 968, 970, 972, 974, 976, 978, 980, 982, 984, 986, 988, 990, 992, 994, 996, 998, 1000, 1002, 1004, 1006, 1008, 1010, 1012, 1014, 1016, 1018, 1020, 1022, 1024, 1026, 1028, 1030, 1032, 1034, 1036, 1038, 1040, 1042, 1044, 1046, 1048, 1050, 1052, 1054, 1056, 1058, 1060, 1062, 1064, 1066, 1068, 1070, 1072, 1074, 1076, 1078, 1080, 1082, 1084, 1086, 1088, 1090, 1092, 1094, 1096, 1098, 1100, 1102, 1104, 1106, 1108, 1110, 1112, 1114, 1116, 1118, 1120, 1122, 1124, 1126, 1128, 1130, 1132, 1134, 1136, 1138, 1140, 1142, 1144, 1146, 1148, 1150, 1152, 1154, 1156, 1158, 1160, 1162, 1164, 1166, 1168, 1170, 1172, 1174, 1176, 1178, 1180, 1182, 1184, 1186, 1188, 1190, 1192, 1194, 1196, 1198, 1200, 1202, 1204, 1206, 1208, 1210, 1212, 1214, 1216, 1218, 1220, 1222, 1224, 1226, 1228, 1230, 1232, 1234, 1236, 1238, 1240, 1242, 1244, 1246, 1248, 1250, 1252, 1254, 1256, 1258, 1260, 1262, 1264, 1266, 1268, 1270, 1272, 1274, 1276, 1278, 1280, 1282, 1284, 1286, 1288, 1290, 1292, 1294, 1296, 1298, 1300, 1302, 1304, 1306, 1308, 1310, 1312, 1314, 1316, 1318, 1320, 1322, 1324, 1326, 1328, 1330, 1332, 1334, 1336, 1338, 1340, 1342, 1344, 1346, 1348, 1350, 1352, 1354, 1356, 1358, 1360, 1362, 1364, 1366, 1368, 1370, 1372, 1374, 1376, 1378, 1380, 1382, 1384, 1386, 1388, 1390, 1392, 1394, 1396, 1398, 1400, 1402, 1404, 1406, 1408, 1410, 1412, 1414, 1416, 1418, 1420, 1422, 1424, 1426, 1428, 1430, 1432, 1434, 1436, 1438, 1440, 1442, 1444, 1446, 1448, 1450, 1452, 1454, 1456, 1458, 1460, 1462, 1464, 1466, 1468, 1470, 1472, 1474, 1476, 1478, 1480, 1482, 1484, 1486, 1488, 1490, 1492, 1494, 1496, 1498, 1500, 1502, 1504, 1506, 1508, 1510, 1512, 1514, 1516, 1518, 1520, 1522, 1524, 1526, 1528, 1530, 1532, 1534, 1536, 1538, 1540, 1542, 1544, 1546, 1548, 1550, 1552, 1554, 1556, 1558, 1560, 1562, 1564, 1566, 1568, 1570, 1572, 1574, 1576, 1578, 1580, 1582, 1584, 1586, 1588, 1590, 1592, 1594, 1596, 1598, 1600, 1602, 1604, 1606, 1608, 1610, 1612, 1614, 1616, 1618, 1620, 1622, 1624, 1626, 1628, 1630, 1632, 1634, 1636, 1638, 1640, 1642, 1644, 1646, 1648, 1650, 1652, 1654, 1656, 1658, 1660, 1662, 1664, 1666, 1668, 1670, 1672, 1674, 1676, 1678, 1680, 1682, 1684, 1686, 1688, 1690, 1692, 1694, 1696, 1698, 1700, 1702, 1704, 1706, 1708, 1710, 1712, 1714, 1716, 1718, 1720, 1722, 1724, 1726, 1728, 1730, 1732, 1734, 1736, 1738, 1740, 1742, 1744, 1746, 1748, 1750, 1752, 1754, 1756, 1758, 1760, 1762, 1764, 1766, 1768, 1770, 1772, 1774, 1776, 1778, 1780, 1782, 1784, 1786, 1788, 1790, 1792, 1794, 1796, 1798, 1800, 1802, 1804, 1806, 1808, 1810, 1812, 1814, 1816, 1818, 1820, 1822, 1824, 1826, 1828, 1830, 1832, 1834, 1836, 1838, 1840, 1842, 1844, 1846, 1848, 1850, 1852, 1854, 1856, 1858, 1860, 1862, 1864, 1866, 1868, 1870, 1872, 1874, 1876, 1878, 1880, 1882, 1884, 1886, 1888, 1890, 1892, 1894, 1896, 1898, 1900, 1902, 1904, 1906, 1908, 1910, 1912, 1914, 1916, 1918, 1920, 1922, 1924, 1926, 1928, 1930, 1932, 1934, 1936, 1938, 1940, 1942, 1944, 1946, 1948, 1950, 1952, 1954, 1956, 1958, 1960, 1962, 1964, 1966, 1968, 1970, 1972, 1974, 1976, 1978, 1980, 1982, 1984, 1986, 1988, 1990, 1992, 1994, 1996, 1998, 2000, 2002, 2004, 2006, 2008, 2010, 2012, 2014, 2016, 2018, 2020, 2022, 2024, 2026, 2028, 2030, 2032, 2034, 2036, 2038, 2040, 2042, 2044, 2046, 2048, 2050, 2052, 2054, 2056, 2058, 2060, 2062, 2064, 2066, 2068, 2070, 2072, 2074, 2076, 2078, 2080, 2082, 2084, 2086, 2088, 2090, 2092, 2094, 2096, 2098, 2100, 2102, 2104, 2106, 2108, 2110, 2112, 2114, 2116, 2118, 2120, 2122, 2124, 2126, 2128, 2130, 2132, 2134, 2136, 2138, 2140, 2142, 2144, 2146, 2148, 2150, 2152, 2154, 2156, 2158, 2160, 2162, 2164, 2166, 2168, 2170, 2172, 2174, 2176, 2178, 2180, 2182, 2184, 2186, 2188, 2190, 2192, 2194, 2196, 2198, 2200, 2202, 2204, 2206, 2208, 2210, 2212, 2214, 2216, 2218, 2220, 2222, 2224, 2226, 2228, 2230, 2232, 2234, 2236, 2238, 2240, 2242, 2244, 2246, 2248, 2250, 2252, 2254, 2256, 2258, 2260, 2262, 2264, 2266, 2268, 2270, 2272, 2274, 2276, 2278, 2280, 2282, 2284, 2286, 2288, 2290, 2292, 2294, 2296, 2298, 2300, 2302, 2304, 2306, 2308, 2310, 2312, 2314, 2316, 2318, 2320, 2322, 2324, 2326, 2328, 2330, 2332, 2334, 2336, 2338, 2340, 2342, 2344, 2346, 2348, 2350, 2352, 2354, 2356, 2358, 2360, 2362, 2364, 2366, 2368, 2370, 2372, 2374, 2376, 2378, 2380, 2382, 2384, 2386, 2388, 2390, 2392, 2394, 2396, 2398, 2400, 2402, 2404, 2406, 2408, 2410, 2412, 2414, 2416, 2418, 2420, 2422, 2424, 2426, 2428, 2430, 2432, 2434, 2436, 2438, 2440, 2442, 2444, 2446, 2448, 2450, 2452, 2454, 2456, 2458, 2460, 2462, 2464, 2466, 2468, 2470, 2472, 2474, 2476, 2478, 2480, 2482, 2484, 2486, 2488, 2490, 2492, 2494, 2496, 2498, 2500, 2502, 2504, 2506, 2508, 2510, 2512, 2514, 2516, 2518, 2520, 2522, 2524, 2526, 2528, 2530, 2532, 2534, 2536, 2538, 2540, 2542, 2544, 2546, 2548, 2550, 2552, 2554, 2556, 2558, 2560, 2562, 2564, 2566, 2568, 2570, 2572, 2574, 2576, 2578, 2580, 2582, 2584, 2586, 2588, 2590, 2592, 2594, 2596, 2598, 2600, 2602, 2604, 2606, 2608, 2610, 2612, 2614, 2616, 2618, 2620, 2622, 2624, 2626, 2628, 2630, 2632, 2634, 2636, 2638, 2640, 2642, 2644, 2646, 2648, 2650, 2652, 2654, 2656, 2658, 2660, 2662, 2664, 2666, 2668, 2670, 2672, 2674, 2676, 2678, 2680, 2682, 2684, 2686, 2688, 2690, 2692, 2694, 2696, 2698, 2700, 2702, 2704, 2706, 2708, 2710, 2712, 2714, 2716, 2718, 2720, 2722, 2724, 2726, 2728, 2730, 2732, 2734, 2736, 2738, 2740, 2742, 2744, 2746, 2748, 2750, 2752, 2754, 2756, 2758, 2760, 2762, 2764, 2766, 2768, 2770, 2772, 2774, 2776, 2778, 2780, 2782, 2784, 2786, 2788, 2790, 2792, 2794, 2796, 2798, 2800, 2802, 2804, 2806, 2808, 2810, 2812, 2814, 2816, 2818, 2820, 2822, 2824, 2826, 2828, 2830, 2832, 2834, 2836, 2838, 2840, 2842, 2844, 2846, 2848, 2850, 2852, 2854, 2856, 2858, 2860, 2862, 2864, 2866, 2868, 2870, 2872, 2874, 2876, 2878, 2880, 2882, 2884, 2886, 2888, 2890, 2892, 2894, 2896, 2898, 2900, 2902, 2904, 2906, 2908, 2910, 2912, 2914, 2916, 2918, 2920, 2922, 2924, 2926, 2928, 2930, 2932, 2934, 2936, 2938, 2940, 2942, 2944, 2946, 2948, 2950, 2952, 2954, 2956, 2958, 2960, 2962, 2964, 2966, 2968, 2970, 2972, 2974, 2976, 2978, 2980, 2982, 2984, 2986, 2988, 2990, 2992, 2994, 2996, 2998, 3000, 3002, 3004, 3006, 3008, 3010, 3012, 3014, 3016, 3018, 3020, 3022, 3024, 3026, 3028, 3030, 3032, 3034, 3036, 3038, 3040, 3042, 3044, 3046, 3048, 3050, 3052, 3054, 3056, 3058, 3060, 3062, 3064, 3066, 3068, 3070, 3072, 3074, 3076, 3078, 3080, 3082, 3084, 3086, 3088, 3090, 3092, 3094, 3096, 3098, 3100, 3102, 3104, 3106, 3108, 3110, 3112, 3114, 3116, 3118, 3120, 3122, 3124, 3126, 3128, 3130, 3132, 3134, 3136, 3138, 3140, 3142, 3144, 3146, 3148, 3150, 3152, 3154, 3156, 3158, 3160, 3162, 3164, 3166, 3168, 3170, 3172, 3174, 3176, 3178, 3180, 3182, 3184, 3186, 3188, 3190, 3192, 3194, 3196, 3198, 3200, 3202, 3204, 3206, 3208, 3210, 3212, 3214, 3216, 3218, 3220, 3222, 3224, 3226, 3228, 3230, 3232, 3234, 3236, 3238, 3240, 3242, 3244, 3246, 3248, 3250, 3252, 3254, 3256, 3258, 3260, 3262, 3264, 3266, 3268, 3270, 3272, 3274, 3276, 3278, 3280, 3282, 3284, 3286, 3288, 3290, 3292, 3294, 3296, 3298, 3300, 3302, 3304, 3306, 3308, 3310, 3312, 3314, 3316, 3318, 3320, 3322, 3324, 3326, 3328, 3330, 3332, 3334, 3336, 3338, 3340, 3342, 3344, 3346, 3348, 3350, 3352, 3354, 3356, 3358, 3360, 3362, 3364, 3366, 3368, 3370, 3372, 3374, 3376, 3378, 3380, 3382, 3384, 3386, 3388, 3390, 3392, 3394, 3396, 3398, 3400, 3402, 3404, 3406, 3408, 3410, 3412, 3414, 3416, 3418, 3420, 3422, 3424, 3426, 3428, 3430, 3432, 3434, 3436, 3438, 3440, 3442, 3444, 3446, 3448, 3450, 3452, 3454, 3456, 3458, 3460, 3462, 3464, 3466, 3468, 3470, 3472, 3474, 3476, 3478, 3480, 3482, 3484, 3486, 3488, 3490, 3492, 3494, 3496, 3498, 3500, 3502, 3504, 3506, 3508, 3510, 3512, 3514, 3516, 3518, 3520, 3522, 3524, 3526, 3528, 3530, 3532, 3534, 3536, 3538, 3540, 3542, 3544, 3546, 3548, 3550, 3552, 3554, 3556, 3558, 3560, 3562, 3564, 3566, 3568, 3570, 3572, 3574, 3576,